

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Fallbeispiele für den Umgang
mit rechtspopulistischen Parteien in Europa

Auf einen Blick

- › Mit einiger Verzögerung ist inzwischen auch in Deutschland das eingetreten, was in den meisten Ländern Europas schon länger gang und gäbe ist: Rechtspopulistische Parteien erzielen Rekordergebnisse und setzen die etablierte Konkurrenz im Parteiensystem immer stärker unter Druck.
- › Insbesondere den in der Europäischen Volkspartei (EVP) organisierten Mitte-rechts-Parteien kommt angesichts dieser Herausforderung eine entscheidende Rolle zu. Sie sind es, die maßgeblich über den Umgang mit der Konkurrenz von Rechtsaußen entscheiden.
- › Die Strategien zum Umgang mit diesen Parteien unterscheiden sich dabei erheblich und reichen von konsequenter Abgrenzung über Tolerierungsmodelle und den Versuch einer produktiven Auseinandersetzung bis hin zur Kooperation und Einbindung in Regierungsverantwortung.
- › So unterschiedlich wie der Umgang mit Parteien vom rechten Rand in den einzelnen Ländern ist, so unterschiedlich sind auch die Parteien selbst. Trotz vieler Gemeinsamkeiten verfolgen Rechtspopulisten und Rechtsextreme nicht in allen Ländern dieselben Ziele. Sie unterscheiden sich teils erheblich in ideologischen Grundsatzfragen, im Grad ihrer Radikalität und in ihrer Kooperationsbereitschaft gegenüber der politischen Mitte.
- › Eine Beurteilung des Umgangs mit rechtspopulistischen Parteien muss diese Differenzen zum Ausgangspunkt machen und in den Blick nehmen, unter welchen Voraussetzungen eine partielle, themenspezifische Zusammenarbeit stattfindet. Angesichts des extremistischen Charakters der AfD leiten sich aus dieser Studie insofern keine Hinweise ab, mit denen sich eine Zusammenarbeit mit der AfD begründen ließe. Es geht vielmehr um eine differenzierte Bestandsaufnahme des europäischen Umfeldes und um die Folgen, die sich für EVP-Mitgliedsparteien aus einer Kooperation mit rechtspopulistischen Parteien ergeben. Hier zeigt sich, dass in maßgeblichen Fällen eine „Zähmung“ rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Parteien durch Kooperation nicht gelungen ist und eher zu einer Schwächung der EVP-Mitgliedsparteien geführt hat.

Inhalt

Finnland	3
1. Ausgangslage	3
2. Strategie.....	4
3. Schlussfolgerungen.....	5
Frankreich	7
1. Ausgangslage	7
2. Strategie.....	8
3. Schlussfolgerungen.....	9
Griechenland.....	11
1. Ausgangslage	11
2. Strategie.....	12
3. Schlussfolgerungen.....	13
Italien.....	15
1. Ausgangslage	15
2. Strategie.....	16
3. Schlussfolgerungen.....	17
Niederlande.....	19
1. Ausgangslage	19
2. Strategien	20
3. Schlussfolgerungen.....	21
Österreich.....	23
1. Ausgangslage	23
2. Strategie.....	24
3. Schlussfolgerungen.....	25
Polen	27
1. Ausgangslage	27
2. Strategie.....	28
3. Schlussfolgerungen.....	29
Schweden	31
1. Ausgangslage	31
2. Strategie.....	31
3. Schlussfolgerungen.....	32
Spanien	34
1. Ausgangslage	34
2. Strategie.....	35
3. Schlussfolgerungen.....	37
Tschechische Republik	39
1. Ausgangslage	39
2. Strategie.....	40
3. Schlussfolgerungen.....	41
Fazit.....	43
Quellen und weiterführende Literatur	49

Finnland

1. Ausgangslage

Finnland hat jahrzehntelange Erfahrung im Umgang mit populistischen Bestrebungen. Bereits seit den 1950ern war die finnische Bauernpartei Teil des Parteiensystems und in den 1980ern sogar Koalitionspartner.

1995 gründeten ehemalige Mitglieder der Bauernpartei die neue Partei *Perussuomalaiset* (PerusS oder PS - *Die Basisfinnen* oder *Wahre Finnen*, ab 2011 oft nur *Die Finnen* genannt). Anlass für die Parteigründung war eine tiefe Rezession in den 1990ern, in die Finnland nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion geraten war. Der politische Durchbruch gelang der Partei bei den Parlamentswahlen 2011, als sie 19 Prozent der Stimmen erhielt (2007 lag ihr Stimmanteil noch bei 4,1 Prozent). 2015 traten die PS zum ersten Mal einer Koalitionsregierung bei, die sie jedoch aufgrund eines internen Hardliner-Coups und der Abspaltung des moderaten Parteiflügels vorzeitig verließen.

Unter Timo Soini (1997–2017) fielen *Die Finnen* hauptsächlich durch Antielitismus und ihre Euroskepsis auf. Während der 2010er Jahre positionierte sich die Partei zunehmend gegen Migration und Klimaschutz. Seit der Wahl von Hardliner Halla-aho zum Vorsitzenden 2017 verschärften *Die Finnen* ihr migrationsfeindliches, ethnonationalistisches Profil und schlugen einen marktliberaleren Wirtschaftskurs ein, nachdem die Partei zuvor eher linke wirtschafts- und sozialpolitische Positionen vertreten hatte. Dies ging mit einem ausgeprägten Wohlfahrtschauvinismus einher. Auch unter der derzeitigen Parteivorsitzenden Riikka Purra gelten *Die Finnen* als klassische Rechtspopulisten.

Die PS prangern die Krise des Wohlfahrtsstaates an, die die politischen Debatten in Finnland geprägt hat. Analog dazu kann die wachsende Kritik am Sozialstaat als Treiber des jüngsten Erfolges von populistischen Parteien in Westeuropa gesehen werden. Jedoch gewannen *Die Finnen* erst im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2008 und der europäischen Finanzkrise 2011 massiv an Zulauf. Wie die *Alternative für Deutschland* (AfD) stellten sie sich vehement gegen Euro-Rettungsmaßnahmen u. a. für Griechenland.

Bei ihrem Durchbruch 2011 profitierten *Die Finnen* auch von einem Skandal um Wahlkampffinanzierung, der das Ansehen der etablierten Parteien beschädigte und dem „korrupte Eliten vs. anständige Bürger“-Narrativ der Partei Auftrieb gab. Die europäische Finanzkrise fiel zudem mit einer strukturellen Transformation der Wirtschaft zusammen, die einen massiven Stellenabbau in der Forstwirtschaft und beim Telekommunikationskonzern Nokia bedeutete. Somit konnten *Die Finnen* die Frustration vieler Menschen angesichts steigender Arbeitslosigkeit für sich nutzen.

2. Strategie

Finnland gilt als konsensuale Demokratie, in der pragmatisch über ideologische Grenzen hinweg zusammengearbeitet wird. Im Wahlkampf bestimmt – auch parteienlagerübergreifende – Koalitionen im Vorhinein auszuschließen, galt lange als ungewöhnlich. Anders als in den skandinavischen Ländern sonst üblich hat in Finnland das System der Minderheitsregierungen, in dem sich die Regierung ohne eigene Mehrheit im Parlament von Oppositionsparteien bei Gesetzesvorhaben unterstützen lässt, keine Tradition. Das Ergebnis sind Regierungskoalitionen mit eigener Mehrheit, der bis zu sechs teils sehr unterschiedlichen Parteien angehören.

Aufgrund der historischen Verankerung der Vorgängerpartei der finnischen *Bauern* im Parteisystem wurden die PS, verglichen mit anderen nordischen Rechtspopulisten, lange als „normaler“ politischer Akteur wahrgenommen. Hinzu kommt, dass die Partei unter Timo Soini kein klar rassistisches oder rechtsextremes Profil hatte, sondern sich erst in den letzten Jahren radikalierte und damit wuchs.

Nach der Parlamentswahl 2015, bei der sie 17,7 Prozent der Stimmen erhielten, traten *Die Finnen* zum ersten Mal einer Koalitionsregierung gemeinsam mit der liberalen *Zentrumspartei* mit Premierminister Juha Sipilä und der konservativen *Kokoomus* (KOK - Nationale Sammlungspartei) bei. Dabei stellten die PS vier Minister. Die PS konnten sich jedoch mit einigen ihrer Kernanliegen nicht durchsetzen und mussten die finnische Zustimmung für weitere finanzielle Unterstützung Griechenlands durch die EU und Sozialstaatskürzungen hinnehmen. Die im Zuge der europäischen Migrationskrise 2015 verschärfte finnische Migrationspolitik wurde zudem nicht den *Finnen* gutgeschrieben, da man ihnen in der Koalition nicht den wichtigen Posten des Innenministers überließ. Den Hardlinern in der Partei gingen die Beschlüsse jedoch ohnehin nicht weit genug. Die Umfragewerte für die Partei sanken und bei den Kommunalwahlen im April 2017 kam sie auf nur noch 8,8 Prozent. Der langjährige Vorsitzende Timo Soini kündigte daraufhin seinen Rückzug vom Parteivorsitz an. Im Sommer 2017 kam es auf dem Parteitag *Der Finnen* zu einem Coup der unzufriedenen Hardliner bei Migrations- und EU-Themen um den Europaabgeordneten Jussi Halla-aho, der in einer Kampfabstimmung den Vertrauten von Soini, Sampo Terho, besiegte. Der dadurch radikalierten Partei wurden seitens der Koalitionspartner *Zentrum* und *Kokoomus* die weitere Zusammenarbeit verweigert. Aus Protest gegen Halla-aho und um die Koalition zu retten, trat der moderate Parteiflügel samt 22 der 37 Abgeordneten und der vier Minister, aus der Partei aus, gründete sich als *Blaue Reformpartei* (Blue Reform) neu und verblieb in der Regierung, während *Die Finnen* in die Opposition zurückkehrten.

Bei den darauffolgenden Wahlen im April 2019 gab es zwar weiterhin keine Brandmauer gegen *Die Finnen*, jedoch erklärten die *Grünen*, die *Sozialdemokraten* unter Sanna Marin und die *Schwedische Volkspartei*, eine Koalition für unwahrscheinlich.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Nach der sozialdemokratisch geführten Regierung unter Sanna Marin (2019–2023) sind *Die Finnen* seit 2023 Teil einer Regierungskoalition, diesmal als einer der Juniorpartner der *Kokoomus* unter Ministerpräsident Petteri Orpo, zusammen mit den *Christdemokraten* und der liberalen *Schwedischen Volkspartei*. Es ist die erste Regierungsbeteiligung seit dem Kurswechsel der nun radikaleren, neuen Rechten. Die PS kontrollieren sieben Ministerien, darunter zentrale Ressorts wie Finanz, Justiz und Inneres sowie in Person ihres Ex-Parteichefs Halla-aho den Posten des Parlamentspräsidenten.

In den letzten Jahren entwickelte sich aufgrund der Radikalisierung *der Finnen* eine zunehmend antagonistische Haltung zwischen ihren Anhängerinnen und Anhängern und denen der anderen Parteien. Zudem erschütterten nach der Regierungsbildung im Sommer 2023 mehrere Rassismusskandale die PS: Mehrere Ministerinnen und Minister des Orpo-Kabinetts inklusive der Parteivorsitzenden Riikka Purra mussten sich für bereits länger zurückliegende, rassistische Äußerungen und Posts sowie ihre Nähe zur rechtsextremistischen Szene verantworten. Diese Skandale zogen zahlreiche Proteste gegen das Regierungsbündnis und Rassismus im Allgemeinen nach sich, die mit bis zu 10.000 Teilnehmenden für finnische Verhältnisse großen Zulauf erhielten. Nichtsdestotrotz überstand die Regierung diverse Misstrauensvoten.

3. Schlussfolgerungen

Der Ansatz, dass eine rechtspopulistische Partei durch ein Koalitionsbündnis mit den Konservativen gezähmt und durch ihre Regierungsarbeit „entzaubert“ wird, hat sich im Falle Finnlands bisher als Wunschvorstellung erwiesen. Aus ihrer ersten Regierungsbeteiligung mit der konservativen *Kokoomus* und der liberalen *Zentrumspartei* ab 2015 sind *Die Finnen* trotz zwischenzeitlicher Schwächung und Vertrauensverlust langfristig gestärkt hervorgegangen. Zwar hat die Abspaltung der moderaten Fraktion im Zuge von Halla-ahos Hardliner-Coup den radikaleren Flügel vorzeitig in die Opposition befördert und die Sitze *der Finnen* im Parlament halbiert. Die neu gegründete moderatere *Blaue Reformpartei* konnte sich jedoch nicht im Parteienspektrum etablieren und gewann bei der Parlamentswahl 2019 keine Sitze. *Die Finnen* um Halla-aho hingegen konnten ihr starkes Ergebnis von 2015 trotz des Koalitionsaustrettes und der Parteiabspaltung halten. Ohne auf moderatere Positionen Rücksicht nehmen zu müssen, konnte sich die Partei ganz auf das Migrationsthema konzentrieren. Studien zeigen, dass die *Basisfinnen* so sowohl migrationsfeindliche Anhängerinnen und Anhänger halten als auch neue migrationsfeindliche Wählerinnen und Wähler mobilisieren konnten, während moderatere Wählerinnen und Wähler abgewandert sind.

Seit der zweiten Regierungsbeteiligung ab 2023 unter dem konservativen Ministerpräsidenten Orpo haben die *Basisfinnen* in Meinungsumfragen leicht an Zustimmung verloren. Dies ist primär auf ihr Mittragen der rigiden Austeritätspolitik und tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen der Regierung zurückzuführen. Vor allem ihre

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Vorsitzende und Finanzministerin Riikka Purra steht symbolisch für den unpopulären Sparkurs, gegen den im Frühjahr 2024 massiv demonstriert wurde. Die finnischen Wählerinnen und Wähler tendieren allerdings traditionell dazu, die Amtsinhaber bei der nächsten Wahl abzustrafen, weshalb auf ein linkes häufig ein rechtes Koalitionsbündnis folgt und vice versa.

Bei der Europawahl 2024 schnitten *Die Finnen* unerwartet schlecht ab: Mit 7,6 Prozent der Stimmen haben sie ihr Ergebnis von 2019 (13,86 Prozent) beinahe halbiert und einen Sitz im Europaparlament eingebüßt. *Die Finnen* konnten ihre starken nationalen Wahlergebnisse bislang nicht bei Europawahlen reproduzieren, unter anderem aufgrund der traditionell deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung und der Unzufriedenheit der eigenen Wählerschaft mit der unpopulären Austeritätspolitik. Die Unzufriedenheit mit der Regierung zeigte sich zudem im guten Abschneiden der linken und grünen Parteien, die u.a. für den von der Regierung und speziell von den *Finnen* vernachlässigten Klimaschutz und den europäischen Sozialstaat warben und damit Wählerinnen und Wähler ansprachen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass sich die Partei *Die Finnen* seit der Abspaltung des gemäßigten Teils 2017 weiter radikalisiert hat und heute als typische radikale und rechtspopulistische Partei bezeichnet werden kann. Diese Entwicklung konnte auch durch die Einbindung der Partei in Regierungsverantwortung nicht verhindert werden.

Frankreich

1. Ausgangslage

Der rechtspopulistische *Rassemblement National* (RN – Nationale Sammlungsbewegung) – bis zum Jahr 2018 unter dem Namen *Front National* (FN – Nationale Front) bekannt – wurde 1972 gegründet. Der *Front National* etablierte sich insbesondere in den 1980er Jahren als relevante politische Kraft im französischen Parteiensystem. Der Gründer und ehemalige Parteivorsitzende, Jean-Marie Le Pen, trat insgesamt fünfmal bei den Präsidentschaftswahlen an und schaffte es 2002 in die zweite Runde. Auch die spätere Parteivorsitzende Marine Le Pen erreichte sowohl 2017 als auch 2022 die zweite Wahlerunde der Präsidentschaftswahlen. Im Jahr 2024 erzielte die Partei zum dritten Mal in Folge den ersten Platz bei den Europawahlen. Im gleichen Jahr wurde sie mit 126 Abgeordneten zur stärksten Fraktion in der Nationalversammlung, war jedoch nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden.

Im Jahr 2021 und im Kontext der Präsidentschaftswahlen 2022 erhielt RN kurzfristig einen politischen Konkurrenten. Die Partei *Reconquête* (Rückeroberung) des Populisten Éric Zemmour grenzte sich bewusst von dem seit 2011 durchgeführten Entdämonisierungskurs von Marine Le Pen ab und ist als Vertreterin einer identitären Ideologie einzuordnen, zu der insbesondere die Sorge um den großen gesellschaftlichen Austausch (*Grand remplacement*) gehört. Nachdem die Partei kurzfristig in den Umfragen gute Ergebnisse erzielte und die Nichte Marine Le Pens, Marion Maréchal, sich 2022 der *Reconquête* anschloss (sie ist heute kein Parteimitglied mehr), spielt die Partei inzwischen aber keine allzu relevante Rolle mehr.

Der Aufstieg des RN ist sowohl durch strukturelle Änderungen des politischen Systems Frankreichs und der Parteienlandschaft als auch durch gesellschaftspolitische Entwicklungen geprägt. Die Wahlentscheidung ist stark durch Abstiegsängste beeinflusst. Flankiert werden diese durch Herausforderungen im Zusammenhang mit zunehmender Migration, einer stärker perzipierten Terrorgefahr und der Frage nach der Stellung des Islams im laizistischen Staat.

Hinzu kommen Frankreich-spezifische strukturelle Gründe, die den Aufstieg der Partei begleitet haben. Zu nennen ist hierbei das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen, das den traditionellen Parteien des linken und bürgerlich-rechten Lagers ermöglicht, durch die Bildung einer sogenannten „republikanischen Front“ rechtspopulistische Parteien im zweiten Wahlgang auszubremsen. Hieraus ist in Frankreich in den letzten Jahren ein Opferdiskurs der „geklauten Wahl“ seitens des RN entstanden, der bei vielen Wählerinnen und Wählern verfängt, weil sie ihre Wahlentscheidung gefühlt nicht mehr im finalen Wahlergebnis abgebildet sehen. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass der erste Einzug des *Front National* in die Nationalversammlung im Jahr 1986 mit 35 Abgeordneten durch die temporäre Einführung des Verhältniswahlrechts begünstigt wurde. Die Forderung nach einer Wahlrechtsreform ist in Frankreich derzeit erneut groß.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Der Aufstieg des RN ist zudem eng mit einem grundsätzlichen Wandel der französischen Parteienlandschaft verbunden. Staatspräsident Emmanuel Macron hat seit 2016 bewusst eine „Weder-rechts-noch-links-Politik“ durchzusetzen versucht und sowohl *Sozialisten* als auch das bürgerlich-konservative Lager als große Parteien geschwächt. Ebenso bewusst trieb er die Heraufbeschwörung Marine Le Pens als Hauptgegnerin bei den Präsidentschaftswahlen 2017 und 2022 voran, sodass die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Macronisten und den Populisten kaum Raum für andere Debatten und Angebote ließen.

2. Strategie

Die Brandmauer der bürgerlich-konservativen Mitgliedspartei der EVP *Les Républicains* (LR – Die Republikaner) steht nach den Wirren der unerwarteten Parlamentswahlen 2024 noch, wackelte aber in den vergangenen Monaten deutlich. Am 11. Juni 2024 kündigte Éric Ciotti, der damalige Vorsitzende der *Républicains*, seine Bereitschaft an, sich im Rahmen der Parlamentsneuwahlen mit dem *Rassemblement National* zu verbünden. Nur wenige politische Schwergewichte seiner Partei folgten ihm, abgesehen von einigen Abgeordneten und dem Vorsitzenden der *Jeunes Républicains*. Letztlich wurden 62 Kandidatinnen und Kandidaten von LR durch RN unterstützt und bildeten zusammen mit Éric Ciotti eine neue Gruppierung. Diese wurde nach der Bekanntgabe der offiziellen Kandidatenliste vom Innenministerium als „*Union de l'extrême droite*“ (UXD – Vereinigung der extremen Rechten) etikettiert. Die *Républicains* hat die Allianz mit RN, gegen die Entscheidung des Parteivorsitzenden Éric Ciotti, abgelehnt. *Les Républicains* schickten rund 400 Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen, von denen einige durch den Rückzug des Ensemble-Bündnisses aus dem jeweiligen Wahlkreis profitieren konnten. Nachdem Ciotti den LR-Parteivorsitz trotz rechtlicher Schritte der Partei vorerst nicht aufgeben wollte, trat er am 23. September 2024 dann doch zurück und gründete seine eigene Partei „*Union des droites pour la République*“ (UDR – Vereinigung der Rechten für die Republik). Für das eigene politische Verständnis, aber auch die politische Einordnung seitens der Wählerinnen und Wähler, stellte der politische Eklat durchaus eine Katharsis dar. Die LR konnten klarstellen, dass eine Zusammenarbeit mit dem rechtspopulistischen Lager für sie ausgeschlossen ist – ein Vorwurf, der in den letzten Jahren bei den Wahlen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene gewissermaßen als Elefant im Raum stand.

In der Kritik steht wiederum die Positionierung der *Républicains* in Hinblick auf die republikanische Front, also der Rückzug eigener Kandidatinnen und Kandidaten aus dem zweiten Wahlgang, um die Wahlchancen des *Rassemblement National* zu verringern. Im Rahmen des zweiten Wahlgangs der vorgezogenen Parlamentswahlen zogen sich lediglich drei Kandidatinnen oder Kandidaten der *Républicains* aus den sogenannten Triangulaires, also aus einem zweiten Wahlgang in Dreieckskonstellationen, mit Beteiligung einer Vertreterin oder eines Vertreters des *Rassemblement National* zurück. In diesem Kontext

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

benannte der Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy die Linkspopulisten der Partei *La France insoumise* als wahre Gefahr für die französische Demokratie.

Der Entdämonisierungskurs, der von Marine Le Pen mit der Übernahme des Parteivorsitzes im Jahr 2011 vorangetrieben wurde, trägt Früchte. Durch den Parteiausschluss von Jean-Marie Le Pen hat die Partei zumindest auf dem Papier mit ihrer antisemitischen und rechtsextremen Vergangenheit gebrochen und ist somit für weitere Wählergruppen „wählbar“ geworden – zahlreiche Beobachterinnen und Beobachter gehen derzeit auch davon aus, dass der Tod des Parteigründers zu einer weiteren, wenn nicht finalen „Normalisierung“ der Partei beitragen wird. In der Eigen- aber auch zu Teilen in der Fremdwahrnehmung ist der *Rassemblement National* nicht mehr rechtspopulistisch und noch weniger rechtsextrem. Der Partei ist es gelungen, die für sie relevanten Themen, Migration und innere Sicherheit, auf die politische Agenda Frankreichs zu setzen. Durch eine grundlegend konservativere Ausrichtung dieser Themen durch die Exekutive seit 2017 erscheint der eigene Diskurs weniger extrem. Der *Rassemblement National* hat sich insgesamt wandlungsfähig gezeigt, auch was die eigene europäische Positionierung betrifft.

Die Partei hat inzwischen klar von Forderungen eines Freixits und Euroaustritts Abstand genommen, bleibt jedoch europakritisch. Damit bildet die Haltung der Partei deutlicher die Meinung der französischen Wählerinnen und Wähler ab. Die „Krawattenstrategie“ der Partei, die darin besteht, insbesondere in der Nationalversammlung weniger durch Krawall als durch konstruktive Mitarbeit und Respekt gegenüber der Geschäftsordnung aufzufallen, wird in der französischen Bevölkerung ebenfalls positiv aufgenommen. In Hinblick auf das Wahljahr 2027 ist und bleibt es das Ziel, „présidentiable“ zu sein, also befähigt, das Präsidentenamt zu übernehmen.

3. Schlussfolgerungen

In Frankreich hat sich deutlich gezeigt, dass eine Ausgrenzung rechtspopulistischer Parteien unter den derzeitigen politischen Bedingungen kontraproduktiv ist und Wählerinnen und Wähler häufig verstärkt in die Arme der Populisten treibt. Der, wenn auch nicht gerechtfertigte, Vorwurf der „geklauten Wahl“ durch die Bildung „republikanischer Fronten“ ist in Frankreich hierbei der zentrale Faktor. Während beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 noch ein Weckruf der französischen Gesellschaft stattfand (kein rechtspopulistischer Kandidat im zweiten Wahlgang 2007 und 2012), gelang dies im Wahljahr 2017 (erster Einzug Marine Le Pens in den zweiten Wahlgang) und auch 2022 (erneuter Einzug Le Pens in den zweiten Wahlgang) nicht mehr. Dies liegt zum einen daran, dass die bei den Rechtspopulisten im Fokus stehenden Themen Migration, Islam, aber auch der soziale Abstieg insgesamt stärker auf der politischen Agenda stehen und der Partei RN eine große Bühne geben. Zum anderen hat der von Marine Le Pen vorangetriebene Entdämonisierungskurs in den Köpfen vieler Wählerinnen und Wähler gegriffen und entzieht

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

der Ausgrenzungsstrategie in den Augen vieler Französinnen und Franzosen damit jegliche Legitimation.

Dies bedeutet jedoch gleichzeitig nicht, dass die Option einer Tolerierung oder Einbindung die bessere Alternative wäre. Im Fall der bürgerlich-konservativen Partei *Les Républicains*, die sich klar, wenn auch in einem intern schmerzhaften Prozess, gegen den Schulterschluss mit dem rechtspopulistischen Lager entschieden hat, war eine Abgrenzung vom RN für die Selbstdefinition der Partei bereinigend. Dort, wo eine mögliche Kooperation mit RN als nicht ausgesprochene Option wie ein Damoklesschwert über der Partei schwebte, wurde nun klar ein Bekenntnis zur republikanischen Front gemacht. Unerwartet gab diese politische Strategie der Partei neue Handlungsoptionen und ebnete den Weg zu einer Regierungsbeteiligung. Mittelfristig könnte sich die Partei durch die starke Präsenz im politischen Diskurs aus dem Stimmentief freikämpfen und so als weiterer politischer Akteur den Rechtspopulisten den Weg zur Macht versperren. In Frankreich wurde stärker als in anderen europäischen Ländern deutlich, dass ein breites und diverses Angebot demokratischer Parteien zur Bekämpfung des Rechtspopulismus unabdingbar ist.

Die Strategie der „Entzauberung“ durch politische Teilhabe hat in Frankreich seine Grenzen gezeigt und ist politisch riskant. Die „Krawattenstrategie“ des RN funktioniert auf Parlamentsebene, wo die Partei inzwischen als stärkste Fraktion vertreten ist, sehr gut. Durch die Einhaltung von Regeln und ein gemäßiges Auftreten wurde der Entdämonisierungskurs der Partei seit 2017 flankiert, auch wenn das politische Programm nicht weniger radikal als noch vor wenigen Jahren ist.

Schlussendlich zeigt das Fallbeispiel Frankreich auf, dass es im Kampf gegen Rechtspopulismus kein Geheimrezept gibt. Während Ausgrenzungsstrategien ihre Grenzen haben, sind Tolerierung und Einbindung ebenso brandgefährlich.

In Frankreich hat es sich als zielführend erwiesen, den Kampf gegen Rechtspopulismus über eine Neudeinition der Beziehung der Wählerinnen und Wähler zur Politik vorzunehmen. Hierzu gehören die Stärkung einer diversen demokratischen Parteienlandschaft und der Respekt demokratischer Kräfte untereinander sowie die Selbsterkenntnis der französischen Parteien, dass es ohne Koalitionen und Kompromisse in der neuen französischen Parteienlandschaft nicht funktionieren wird. Auch die Wiedereinbindung der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse durch neue Angebote der politischen Teilhabe muss angestrebt werden. In diesem Kontext muss in Frankreich auch die Frage nach der Ausgestaltung politischer Bildung auf den Tisch kommen. Während die Rechtspopulisten in eigenen Kaderschmieden (z. B. Campus Héméra, ISSEP) bewusste Nachwuchsförderung betreiben, besteht bei den anderen Parteien ein Nachwuchsproblem. Gelingt es, durch politische Teilhabe die französischen Bürgerinnen und Bürger wieder für Politik zu begeistern, werden auch die Werkzeuge einer Ausgrenzungsstrategie wieder besser greifen können.

Griechenland

1. Ausgangslage

In der dritten griechischen Republik (ab 1974) gibt es eine Vielzahl politischer Formationen, die als rechtspopulistisch eingestuft werden können. Sie haben unterschiedliche Profile, tragen aber in der Regel eines oder mehrere der folgenden Merkmale: nationalistisch, ultraorthodox, euroskeptisch, islamophob oder antisemitisch, russophil und neonazistisch. Zu diesen Parteien (mit parlamentarischer Präsenz auf nationaler oder europäischer Ebene) gehören oder gehörten:

Der *Laikós Orthódoxos Synagermós* (LAOS – Orthodoxer Volksalarm) ist eine nationalistische Partei, die christlich-orthodoxe Ideale vertrat. Auf der Grundlage dieser Ideale kritisierte sie systematisch die EU, die die akzeptierten traditionellen Werte des Hellenismus untergrabe. Der LAOS war von 2004 bis 2015 auf der politischen Bühne präsent, von 2007 bis 2012 auch im Parlament. 2011 und 2012 war sie sogar an einer Koalitionsregierung mit der *Nea Dimokratia* und den Sozialdemokraten der PASOK beteiligt.

Eine weitere bedeutende rechtskonservative Kraft stellen die *Anexartiti Ellines* (ANEL – Unabhängige Griechen) dar, eine eindeutig rechtsgerichtete, nationalkonservative Partei, die von der weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung während der Wirtschaftskrise profitierte. Von 2015 bis 2019 war sie sogar an der Bildung einer Koalitionsregierung mit der linksradikalen *Syriza* beteiligt.

Aus den *Unabhängigen Griechen* entwickelte sich die *Hellenische Lösung*, die seit 2019 ständig im Parlament vertreten ist und extrem konservative, prorussische und antieuropäische Positionen vertritt. Der ultraorthodoxe Diskurs wird auch von der *Demokratischen Patriotischen Bewegung* (NIKI) vertreten, die Verbindungen zu Zeloten hat. Vervollständigt wird das Bild durch die *Stimme der Vernunft*, eine ultrakonservative und patriotische Gruppierung, die nach ihrem kürzlichen Einzug ins Europäische Parlament nun auch im griechischen Parlament vertreten sein möchte.

Ein Sonderfall stellt die *Chrysi Avgi* (Goldene Morgenröte) dar, deren Geschichte bis in die 1990er Jahre zurückreicht, als damalige Randgruppe mit neofaschistischen und neonazistischen Ursprüngen. Sie erreicht 2015-2016 ihren Höhepunkt und war während der gesamten 2010er Jahre im Parlament vertreten, für eine gewisse Zeit sogar als drittstärkste parlamentarische Kraft. Die Verurteilung ihrer gesamten Führung aufgrund der Gründung einer kriminellen Vereinigung durch den Obersten Gerichtshof führte zum Rückzug der *Goldenen Morgenröte*. Stattdessen kam es zur Entstehung der Partei *Spartaner*.

Diese vielgestaltige Szenerie rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien geht wesentlich auf die Wirtschaftskrise des Landes mit ihren weitreichenden Folgen für die griechische Gesellschaft zurück. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Verarmung eines großen

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Teils der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Austeritätsmaßnahmen hat einen bedeutenden Teil der Wählerschaft in Richtung der politischen Extreme „getrieben“. Gleichzeitig trug der Höhepunkt der Einwanderungsströme zum Erstarken der extremen Anti-Migrationsparteien bei. Ebenso finden diese Parteien immer wieder Resonanz, wenn es um sogenannte nationale Fragen geht. Beispielsweise im Umgang mit Nordmazedonien oder der Türkei. Weiterhin vereinen russophile Parteien viele Stimmen auf sich, da es traditionell eine hohe Akzeptanz Russlands auf der Grundlage des gemeinsamen orthodoxen Glaubens und der gemeinsamen Geschichte gibt, wobei diese Zustimmung aktuell sinkt. Darüber hinaus trugen die gemeinsame europaweite Krise des Vertrauens in die EU, in die Werte der repräsentativen Demokratie und der etablierten Institutionen erheblich zur Konsolidierung dieser Kräfte in der politischen Szene bei. Dies wurde verstärkt durch die allmähliche Schaffung eines digitalen kollektiven Raums, des „Demos“, der verstärkten Nutzung digitaler und sozialer Medien, bei gleichzeitiger Herausforderung des Journalismus. Die demographische Situation, verbunden mit hoher Abwanderung aus dem nördlichen ländlichen Raum und Fragen rund um die Globalisierung, vervollständigen das Bild.

2. Strategie

Die Vielfalt und Größe (zusammen knapp 20 Prozent bei den Europawahl 2025) des Raums rechts von der EVP-Mitgliedspartei *Nea Demokratia* (ND – Neue Demokratie) führt zu einem differenzierten Ansatz seitens der ND, der von ideologischen Merkmalen, der Position der jeweiligen Partei zu Fragen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, aber auch von der aktuellen politischen Situation abhängt. Außerdem sollte nicht übersehen werden, dass die ND als die große Partei im Mitte-rechts-Spektrum in Griechenland die Wiege mehrerer dieser Parteien darstellt, da ihre Gründer oder führenden Mitglieder aus der ND stammen. Umgekehrt sind aber auch ehemalige Mitglieder rechtspopulistischer Parteien nicht nur der ND beigetreten, sondern haben (extreme) Positionen, die sie in der Vergangenheit vertreten haben, aufgegeben.

Der Umgang der ND mit politischen Parteien, die sich an der Grenze der Legitimität befinden und neofaschistische, neonazistische oder antidemokratische Ansichten vertreten, war immer eindeutig, und die Distanz, die die ND von ihnen trennte, wurde klar betont. Ein Beispiel für diese Klarheit war die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung durch die ND im Parlament und schließlich die Verurteilung der *Goldenen Morgenröte* als kriminelle Vereinigung. Ein ähnliches Vorgehen zeigte die Regierung der ND im Fall der *Spartaner*, als es Hinweise auf deren Verbindung zu verurteilten Führungskräften der *Goldenen Morgenröte* im Gefängnis gab. Mit den anderen Parteien des rechtspopulistischen Spektrums wurde die Konfrontation auf politischer Ebene systematisch geführt, um einerseits die ideologischen Unterschiede, und andererseits ihren zutiefst populistischen Charakter sowie ihr mangelndes Verantwortungsbewusstsein hervorzuheben. Im Gegensatz zur ND, die eine klar proeuropäische Ausrichtung hat, sind alle populistischen Kräfte entweder EU-feindlich

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

eingestellt oder wollen zu einem Europa der souveränen Staaten zurückkehren. Die Bildung von Partnerschaften, geschweige denn von Allianzen, wurde sowohl auf zentraler politischer als auch auf regionaler oder lokaler Ebene, stets strategisch vermieden. Andererseits gab es Fälle gelegentlicher politischer Kooperation, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der ND zu Kritik geführt haben.

Die klaren strategischen Entscheidungen wie die Positionierung Griechenlands gegenüber Russland im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine, aber auch die Etablierung der ND als Vertreter der politischen Mitte, beispielsweise durch die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, waren nicht ohne politische Kosten. Im Gegenteil, sie wurden zum Objekt politischer Instrumentalisierung durch die rechtspopulistische und rechtsextreme Konkurrenz. Darüber hinaus war die Suche der Regierung Mitsotakis nach einem Gleichgewicht zwischen der Mitte und „der Rechten“ seit 2019 nicht immer erfolgreich und hat den rechtspopulistischen Parteien Raum gegeben. Aktuellen Umfragen zufolge kommen diese Kräfte auf etwa 25 Prozent, ein besonders hoher Wert, wenn man bedenkt, dass deren Ergebnis zusammen bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 2023 bei knapp 15 Prozent lag. Dass diese Parteien keine größere Rolle im politischen Geschehen spielen, liegt zu einem beträchtlichen Teil an ihrer Vielfalt, den ideologischen Unterschieden unter ihnen und dem Fehlen einer charismatischen Persönlichkeit, die eine sowohl vermittelnde als auch führende Rolle in diesem politischen Raum übernehmen würde. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Dauer der Präsenz dieser Parteien in der politischen Arena, die bisher begrenzt war und mit dem Faktor zusammenhängt, der entscheidend zu ihrer Gründung und Ausbreitung beigetragen hat. Bislang wurden nicht die politischen Bedingungen geschaffen, die es einer populistischen Partei ermöglichen würden, zu überleben und ihre Präsenz auf Dauer zu sichern. Das vorsichtige und fallweise Vorgehen der ND gegenüber diesen Parteien war bisher erfolgreich.

3. Schlussfolgerungen

Die Strategie der ND bestand in den letzten Jahren darin, sich in einem großen politischen Raum zwischen der Mitte und „der Rechten“ durchzusetzen. Durch diese Entscheidung ist es ihr gelungen, nicht nur zu überleben (im Gegensatz zur sozialdemokratischen PASOK), sondern von 2019 bis heute politisch zu dominieren. Diese Vorherrschaft war nicht immer einfach und könnte, wie die jüngsten Wahlergebnisse (Europawahlen 2024) und Umfragen zeigen, der Vergangenheit angehören. Die Konsolidierung der rechtspopulistischen Parteien in Griechenland mit einem Gesamtanteil von über 20 Prozent, eingebettet in einem weiteren europäischen Kontext, stellt eine neue Realität dar. Auf ideologischer Ebene haben die Verschärfung von der Migrationslage und die härtere Haltung der ND-Regierung zu einer Aufweichung der Differenzen mit den Rechtsparteien geführt. Die ND bleibt eine große Partei, der es gelingt, mehrere ideologische Positionen unter einen Hut zu bringen. Initiativen zur Bildung von Partnerschaften sind nach wie vor keine Option. Zuweilen wird versucht, sich vorsichtig auf der Ebene des politischen Diskurses näher zu den populistischen Parteien

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

zu bewegen und deren Positionen zu beziehen, um einen Teil der rechten Wählerschaft zu gewinnen. Diese Methode scheint jedoch nicht zu funktionieren, sondern führt zur Entfremdung eines Teils der Wählerinnen und Wähler in der Mitte, die bisher die ND unterstützt haben.

Andererseits zeigen die Erfahrungen, dass Regierungsbildungen mit der Beteiligung rechtspopulistischer Parteien, die in der Regel einen Protestcharakter haben, schnell auf Probleme stoßen. Sowohl LAOS als auch ANEL, die sich an Koalitionsregierungen beteiligten (erstere mit ND und PASOK, letztere mit SYRIZA), scheiterten bei den folgenden Wahlen am Einzug ins Parlament und verschwanden von der politischen Bühne. Dies ist nicht nur auf die Inkompetenz und den Opportunismus ihres politischen Personals zurückzuführen, sondern vor allem darauf, dass es ihnen nicht gelungen ist, die maximalistische Politik umzusetzen, die sie zuvor vertreten hatten.

Die Erfahrung der letzten Jahre in Griechenland hat gezeigt, dass die Aufrechterhaltung eines fruchtbaren Bodens für Korruption, Ineffizienz, Klientelismus und die Ermüdung bei der Umsetzung von Reformen direkte Auswirkungen auf die Konsolidierung rechtspopulistischer Parteien hat. Außerdem trägt das Fehlen einer klaren ideologischen Linie nicht positiv dazu bei. Im Gegenteil, es erhöht die Legitimität extremer und populistischer Stimmen, die darauf abzielen, alte Probleme aufrechtzuerhalten und zu verewigen. Der Mangel an Transparenz und angemessener Kommunikation mit der Gesellschaft spielt ebenfalls eine negative Rolle, da Opportunisten versuchen, scheinbar einfache Lösungen für die komplexen Probleme und Herausforderungen der Zeit anzubieten. Schließlich sollte dem Schutz wichtiger Institutionen wie der Justiz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Chronische Schwächen und Unzulänglichkeiten haben einen schweren Schatten auf das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürger und dem Staat geworfen und verstärken die Zugewinne von Parteien, die nicht an die Existenz eines demokratisch funktionierenden Staates glauben.

Italien

1. Ausgangslage

Zu Beginn der 1990er Jahre hat das italienische Parteiensystem einen tiefgreifenden Wandel erfahren: Die Aufdeckung von Korruption und Amtsmisbrauch hatte den Zerfall der seit 1946 durchgehend regierenden christlich-demokratischen Partei *Democrazia Cristiana* (DC – Christdemokratie) zur Folge. Bei den Parlamentswahlen 1994 gelang es dem Mailänder Geschäftsmann Silvio Berlusconi, einen großen Teil der Wählerschaft im Mitte-Rechts-Spektrum für die von ihm kurz zuvor gegründete, bürgerlich-konservative Partei *Forza Italia* zu gewinnen. Der Zerfall der *Democrazia Cristiana* trug gleichzeitig dazu bei, dass die 1991 gegründete, bislang separatistisch orientierte, norditalienische Kleinpartei *Lega Nord* (Lega – Liga des Nordens) Zulauf erhielt und sich zu einer ernstzunehmenden, rechtskonservativen Kraft wandelte. Parallel dazu nutzte das 1946 gegründete und außerhalb des Verfassungsbogens stehende, neofaschistische *Movimento Sociale Italiano* (MSI – Italienische Sozialbewegung) den Umbruch im Parteiensystem zu einer Abwendung vom Faschismus sowie einer Hinwendung zu nationalkonservativen Positionen und dokumentierte dies im Jahr 1995 mit der Umbenennung in *Alleanza Nazionale* (AN – Nationale Allianz).

Zur Parlamentswahl 1994 schlossen sich diese drei Parteien zum Bündnis *Popolo della Libertà* (PdL – Das Volk für Freiheit) zusammen und stellten nach ihrem Wahlsieg die Regierung. In weiten Teilen der italienischen Politik und Öffentlichkeit wurde dies als Bruch mit der seit der Gründung der Republik geltenden Tradition betrachtet, die Nachfolger der Faschisten nicht in die Regierung einzubinden. Das Modell des Mitte-rechts-Bündnisses von bürgerlich-konservativer *Forza Italia*, regionalistisch-rechtskonservativer *Lega Nord* und nationalkonservativer *Alleanza Nazionale* unter Führung von Silvio Berlusconi wiederholte seinen Wahlerfolg und stellte die Regierungen in den Jahren 2001–2006 und 2008–2011. Im politischen Alltag zeigte sich, dass die *Lega Nord* ein verlässlicher Partner war und die politisch Verantwortlichen der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* extremistische Positionen hinter sich gelassen hatten. Ihr langjähriger Vorsitzender Gianfranco Fini hat nicht zuletzt als Außenminister (2004–2006) und Parlamentspräsident (2008–2013) gezeigt, dass er sich an die demokratischen Spielregeln zu halten bereit war.

Sein großes Ziel, eine große Mitte-rechts-Partei zu etablieren, hat Berlusconi jedoch nicht erreicht. Nach seinem Rücktritt 2011 zerbrach das Bündnis. Da Berlusconi nicht bereit war, den Vorsitz der von ihm gegründeten und finanzierten *Forza Italia* in jüngere Hände zu legen, erlebte die Partei einen langanhaltenden Niedergang, der sie 2018 schließlich die Vorherrschaft im rechten Lager kostete. Aus der *Alleanza Nazionale* formierten sich 2012 aufgrund interner Streitigkeiten die *Fratelli d'Italia* (FdI – Brüder Italiens), deren Führung ab 2014 Giorgia Meloni übernahm. Bei der *Lega Nord* übernahm im selben Jahr Matteo Salvini den Vorsitz und wandelte die bis dahin auf Norditalien beschränkte, rechtskonservative Partei unter dem neuen Namen *Lega* zu einer Partei für alle Italienerinnen und Italiener um.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Vor dem Hintergrund des Umgangs der Europäischen Union mit der Finanzkrise nahmen *Lega* und *Fratelli* einen antieuropäischen, betont populistischen Diskurs auf.

Zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 2022 formierten die drei Parteien des Mitte-rechts-Lagers – trotz der veränderten inhaltlichen Positionierung und Gewichtung – erneut ein gemeinsames Bündnis, das im Oktober 2022 unter Führung von Giorgia Meloni die Regierung übernahm.

2. Strategie

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes 1945 war für alle antifaschistischen Parteien – von Kommunisten bis Christdemokraten – klar, eine Zusammenarbeit mit dem 1946 gegründeten, neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* ausgeschlossen. Nachdem zu Beginn der 1990er Jahre alle bisher regierenden Parteien von Korruptionsskandalen, Amtsmissbrauch und illegaler Parteienfinanzierung erschüttert wurden und sich das italienische Partiensystem neu formierte, hatte der aus den Parlamentswahlen 1994 siegreich hervorgegangene Mailänder Geschäftsmann Silvio Berlusconi keine Scheu, auch Neofaschisten in seine Regierung einzubinden und damit einen Tabubruch zu begehen.

Dabei kam ihm die innerparteiliche Entwicklung im *Movimento Sociale Italiano* zugute, bei der ein Generationenwechsel junge Politikerinnen und Politiker in Verantwortung gebracht hatte, die nach dem Faschismus geboren worden waren und kein Interesse an rückwärtsgewandten, revisionistischen oder nostalgischen Debatten hatten, sondern das Ziel verfolgten, die neofaschistische Partei in eine anschlussfähige, nationalkonservative politische Kraft zu verwandeln. Nach ihrer ersten, gerade einmal acht Monate dauernden Regierungsbeteiligung 1994/95 konnte sich die postfaschistische *Alleanza Nazionale* wieder verstärkt ihrer Erneuerung widmen, sodass sie 2001 erneut als nationalkonservative Kraft von Berlusconi in die Regierung eingebunden wurde und sich in der Regierungsverantwortung bis 2006 und dann nochmals von 2008-2011 bewähren konnte. Die damals noch regionalistisch und rechtskonservativ orientierte *Lega Nord* erwies sich in jener Zeit als Stabilitätsanker der Regierungsbündnisse. Berlusconi verfolgte die Idee, eine große Mitte-rechts-Partei zu etablieren und die rechten Ränder auf diese Weise einzubinden und zu zähmen.

Mit dem Erstarken der linkspopulistischen *Fünf-Sterne-Bewegung* in den Jahren ab 2009 erfuhr der bereits von Silvio Berlusconi gepflegte und an seinen unternehmerischen Marketingerfahrungen orientierte Populismus in der italienischen Politik einen kräftigen Schub. Matteo Salvini formte als Vorsitzender ab 2013 die *Lega Nord* unter dem neuen Namen *Lega* zu einer antieuropäischen, rechtspopulistischen Partei für ganz Italien. Der Erfolg bei den Parlamentswahlen 2018 (von 4,0 auf 17,3 Prozent) und den Europawahlen 2019 (von 6,2 auf 34,3 Prozent) untermauerte vorübergehend den Erfolg seines Kurses und führte dazu, dass die bislang regionalistische, rechtskonservative Partei das

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

marktschreierische und häufig ordinäre Auftreten Salvinis tolerierte. Italien war 2018/19 das erste Land in der Europäischen Union, in der Linkspopulisten und Rechtspopulisten gemeinsam die Regierung bildeten und mit ihrem populistischen Auftreten, das Anti-Establishment-Affekte und EU-Skepsis verband, die italienische Öffentlichkeit und die europäischen Nachbarn in Atem hielt.

Die 2012 aus der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* hervorgegangenen *Fratelli d'Italia* hatten bei den Parlamentswahlen 2013 mit 1,9 Prozent nur ein sehr mageres Ergebnis. Die damals neu zur Vorsitzenden gewählte Giorgia Meloni verband ihre rechtspopulistischen, europakritischen Forderungen mit einem lauten und schrillen Auftreten innerhalb und außerhalb des Parlaments – was sich in den Wahlergebnissen auszahlte: 2018 erhielten die *Fratelli* 4,4 Prozent, 2022 26,0 Prozent. Umso größer war das Erstaunen innerhalb und außerhalb Italiens, dass Giorgia Meloni als Premierministerin ihr Auftreten angepasst hat und (bisher) als seriöse Politikerin wahrgenommen wird. Anders als der Vorsitzende der *Lega*, Matteo Salvini, der sich aufgrund seines Auftretens als italienischer Innenminister 2018/19 europaweit und international isoliert hatte, versteht es Meloni, auf europäischer Bühne anschlussfähig zu sein.

3. Schlussfolgerungen

In Italien ist die „Brandmauer“ bereits Mitte der 1990er Jahre gefallen. Silvio Berlusconi hatte von Anbeginn seiner politischen Karriere keine Scheu, mit den Postfaschisten zusammenzuarbeiten. Sein Ziel war es, eine große Mitte-rechts-Partei zu etablieren. Sowohl *Lega Nord* als auch *Alleanza Nazionale* waren in den Jahren 2001 bis 2006 und 2008 bis 2011 an der Regierung beteiligt und haben sich in der Regierungsverantwortung bewährt. In dieser Zeit war jedoch die bürgerlich-konservative *Forza Italia* unbestritten die stärkste Kraft im Mitte-rechts-Lager und ihr Vorsitzender Silvio Berlusconi war nicht zuletzt aufgrund seines Charismas sowie seines politischen und unternehmerischen Erfolgs die unbestrittene Führungspersönlichkeit sowie ein Garant für eine bürgerlich-konservative und proeuropäische Politik Italiens.

Die Wandlung von *Lega Nord* zu *Lega* und *Alleanza Nazionale* zu *Fratelli d'Italia* zu rechtspopulistischen, antieuropäischen Parteien erfolgte insbesondere nach dem Rücktritt der Regierung Berlusconi im Jahr 2011 – einerseits unter dem Eindruck der Finanzkrise und der Gegenmaßnahmen der Europäischen Union sowie der seit 2014 zunehmend als Krise empfundenen Migration über die zentrale Mittelmeerroute, andererseits angesichts eines erkennbar alternden Parteipatriarchen Berlusconi, der eine Erneuerung seiner *Forza Italia* nicht zuließ.

Von 2011 bis 2022 durchlebte Italien eine politisch unstete Periode mit sechs Premierministern. In diesen elf Jahren waren alle im Parlament vertretenen Parteien an den unterschiedlichen Regierungen beteiligt – mit Ausnahme der *Fratelli d'Italia*. Deren

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Vorsitzende Giorgia Meloni verstand es vor den Wahlen 2022, sich und ihre Partei als einzige unverbrauchte politische Kraft darzustellen – und hatte damit bei den Wählerinnen und Wählern Erfolg: Ihre Partei wurde mit 26,0 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Für zahlreiche Wählerinnen und Wähler im rechten Parteienspektrum galten Berlusconis *Forza Italia* und Salvinis *Lega* als abgewirtschaftet und gaben ihre Stimme daher der unverbraucht wirkenden Giorgia Meloni.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Einbindung der postfaschistischen und rechtspopulistischen Parteien in die Regierungsverantwortung in den Jahren 2001-2006 und 2008-2011 unter der Führung der starken Persönlichkeit von Silvio Berlusconi zu einer Zähmung geführt hat. Mit der sich abschwächenden Autorität Berlusconis und unter den Bedingungen der Opposition haben sich *Lega* und *Fratelli d'Italia* erneut radikaliert. Dazu haben auch externe Einflüsse wie die Reaktion der EU auf die Finanzkrise und die seit 2014 zunehmend als Krise empfundene Migration über die zentrale Mittelmeeroute beigetragen.

Seit Giorgia Meloni im Herbst 2022 die Regierung übernommen hat, sind populistische Töne – bisher – überwiegend einer Realpolitik gewichen, die die Interessen Italiens in den Mittelpunkt stellt und dabei auf proeuropäische Partnerschaft statt auf antieuropäische Konfrontation setzt. Wie lange diese Linie anhält, bleibt abzuwarten.

Niederlande

1. Ausgangslage

Die niederländische Parteienlandschaft zeichnet sich durch Vielfalt, Fragmentierung und Volatilität aus. Regelmäßig kommt es zu Abspaltungen, Neugründungen und nur selten zur Konsolidierung. In der senatsähnlichen *Eerste Kamer* ist die Koalition auf Stimmen anderer Parteien angewiesen. In der *Tweede Kamer* (150 Abgeordnete) sind aufgrund des Verhältniswahlrechts und der fehlenden Sperrklausel gleich 15 Fraktionen vertreten.

In diesem Umfeld hat sich die rechtspopulistische *Partij voor de Vrijheid* (PVV – Partei für die Freiheit) seit 2006 als relevanter Faktor etabliert. Gegründet von Geert Wilders nach seinem Bruch mit der rechtsliberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD – Volkspartei für Freiheit und Demokratie), zeichnet sich die PVV durch ihre strenge Migrationspolitik und Wilders' stramme Führung aus. Weitere rechtspopulistische Parteien sind das *Forum voor Democratie* (FvD - Forum für Demokratie), gegründet 2016 von Thierry Baudet, und *Het Juiste Antwoord* (JA21 – Richtige Antwort 21), gegründet 2021 von Joost Eerdmans und Annabel Nanninga.

Der Erfolg dieser Parteien lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen, die auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten sind. Dazu gehören die allgemeine Unzufriedenheit mit der etablierten Politik, Verlustängste in Bezug auf Wohlstand, Wohnen und Sicherheit sowie die geschickte Nutzung sozialer Medien zur Verbreitung ihrer Botschaften. Diese Parteien sprechen oft Themen an, die von der etablierten Politik vernachlässigt werden, und nutzen populistische Rhetorik, um Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

In den Niederlanden haben spezifische Faktoren den Erfolg der PVV besonders begünstigt. Ein entscheidender Moment war der Bruch der Mitte-Koalition im Jahr 2023, ausgelöst durch einen Streit über die Verteilung von Geflüchteten. Dies führte zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen das Thema Migration zu einem zentralen Thema wurde. Geert Wilders ging dabei erstmals als Wahlsieger über die Ziellinie. Die PVV konnte sich als „das Original“ in der Frage einer strengen Migrationspolitik positionieren und profitierte von der Unzufriedenheit mit der Regierung Rutte IV. Ein weiterer wichtiger Faktor war die Entscheidung der VVD unter der neuen Parteiführerin Dilan Yeşilgöz, eine Zusammenarbeit mit der PVV nicht mehr kategorisch auszuschließen, was Wilders' Partei „wählbar“ machte.

Geert Wilders' langjährige Präsenz und Bekanntheit in der niederländischen Politik, das Wegfallen seines historischen Gegenspielers Mark Rutte sowie seine geschickte Nutzung sozialer Medien haben ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt. Als Einzelkämpfer und „Ein-Mann-Partei“ konnte er mit klaren Parolen auftreten, die PVV erfolgreich positionieren und konkurrierende radikal rechte Parteien wie die FVD ausstechen.

2. Strategien

Historisch gesehen setzte die zur EVP gehörende christdemokratische Partei *Christendemocratisch Appèl* (CDA – Christlich-Demokratischer Aufruf) auf unterschiedliche Strategien im Umgang mit der rechtspopulistischen Konkurrenz. Der heutige CDA-Parteiführer Henri Bontenbal schloss als Spitzenkandidat 2023 eine Kooperation mit der PVV oder FVD kategorisch aus. Mit Blick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung kam für Bontenbal im Januar 2025 eine Kooperation oder Tolerierung, mit Verweis auf die schlechten Erfahrungen der Zusammenarbeit mit der PVV von 2010, wiederholt nicht in Frage.

Durch das große Angebot in der niederländischen Parteienlandschaft und niedrige Einstiegshürden für neue Parteien sind Mitte-rechts-Parteien dazu geneigt, valide Sorgen der Menschen durch eigene Positionsverschiebungen aufzunehmen. Diese Entwicklung wird insbesondere im Bereich der Migrationspolitik der letzten Jahre von Medienvertreterinnen und -vertretern gesehen.

Sofern es nicht mehr möglich war, die radikalrechte Partei zu ignorieren, kam es mehrfach während der Wahlkämpfe zu einer direkten Konfrontation zwischen Mitte-rechts-Parteien und den populistischen Herausforderern. Beispielsweise ging der liberale Premierminister Mark Rutte (VVD) mehrfach Duelle mit den jeweils größten Widersachern ein, um diese vor einem Live-Publikum zu „stellen“. Bekannt ist das TV-Duell vom Mai 2019 mit dem FVD-Spitzenkandidaten Baudet, in dem es hart und persönlich zuging. Auch abseits der TV-Duelle mit Wilders leisteten sich Rutte und der PVV-Frontmann regelmäßig intensive Wortgefechte im Parlament.

Allgemein ist die niederländische Politik recht konsensual orientiert, wodurch sich bei ähnlichen Interessen auch punktuell ungewöhnliche Kooperationen bilden können. Da die aktuelle Regierung in den Niederlanden in der *Eerste Kamer* auf die Stimmen der Opposition angewiesen ist, schloss die CDA während der Haushaltsverhandlungen 2024 Kompromisse mit dem regierenden Rechtsbündnis.

Bei schwierigen politischen Mehrheitsverhältnissen im Parlament kam es jedoch auch zur Tolerierung oder sogar Kooperation der Mitte-rechts-Parteien. 2002 bis 2003 regierten die CDA unter Premierminister Jan Peter Balkenende und die rechtsliberale VVD mit der rechtspopulistischen *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) im Rahmen des Kabinetts Balkenende I. Wegen unqualifiziertem LPF-Personal in Ministerämtern, ohne eine klare Führungsfigur der LPF und internen Konflikten scheiterte das Bündnis nach nur wenigen Monaten. Die LPF fiel in den Folgejahren in sich zusammen. Durch eine kluge Positionierung der CDA als verantwortungsvolle Partei in politisch schwierigen Zeiten konnte sich Premierminister Jan Peter Balkenende von 2002 bis 2010 in Regierungen mit Parteien der politischen Mitte über mehrere Parlamentswahlen hinweg halten.

Die CDA hat mit der kooperativen Strategie gegenüber radikalrechten Parteien jedoch auch schlechte Erfahrungen gemacht. Im Zuge der Parlamentswahlen von 2010 wurde die PVV (24

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

von 150 Sitzen) nach der rechtsliberalen VVD (31 Sitze) und der sozialdemokratischen PvdA (30 Sitze) drittstärkste Kraft. Die CDA erlitt mit einem Verlust von 20 Sitzen eine historische Wahlniederlage (21 Sitze), welche die Ära Balkenende beendete. Dennoch entschied sich die CDA aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse wieder für eine Regierungsbeteiligung. Die Minderheitsregierung Rutte I (2010–2012), bestehend aus rechtsliberaler VVD und christdemokratischer CDA, wurde durch die PVV von Geert Wilders nur geduldet. Im Zuge der Wirtschaftskrise führten notwendig gewordene Budgetkürzungen zum Streit mit Wilders. Daraufhin zog Wilders die Duldung der Minderheitsregierung im November 2012 zurück. Aufgrund CDA-interner Auseinandersetzungen über den Eintritt in diese Kooperation mit der PVV (2010 waren 68 Prozent der CDA für und 32 Prozent gegen eine Kooperation mit der PVV) und den weiteren Kurs der Partei verlor die CDA bei den Neuwahlen 2012 nochmals acht Sitze und damit 38 Prozent im Vergleich zur historischen Wahlniederlage von 2010 (2010 mit 21 Sitzen, 2012 nur noch 13 Sitze, von jeweils 150 Sitzen in der *Tweede Kamer*). In den folgenden Oppositionsjahren wurde um den Kurs der Partei gerungen. Erst 2017 kehrte die CDA unter Rutte III zurück in die Regierung (VVD, CDA, *Democraten 66* (D66), *ChristenUnie*).

Derzeit kooperieren die konservativen Parteien *BoerBurger Beweging* (BBB – Bauer-Bürger-Bewegung), *Nieuw Sociaal Contract* (NSC – Neuer Gesellschaftsvertrag) und die rechtsliberale VVD mit der PVV in der Regierung. Wilders' politisches Kalkül, nicht Premierminister des Rechtsbündnisses zu werden, könnte dazu führen, dass ein eventuelles Scheitern der Regierung nicht direkt mit ihm in Verbindung gebracht wird. Gleichzeitig ist Wilders derjenige, dessen Mitteilungen in den sozialen Medien und scharfe Angriffe im Parlament dazu führen könnten, dass Ministerinnen und Minister ihr Amt niederlegen oder sich nicht trauen, Wilders öffentlich zu kritisieren. Wie in der Vergangenheit unter Mark Rutte könnte ein Scheitern der Kooperation mit der PVV dazu führen, dass die Partei in Zukunft wieder durch die anderen Parteien isoliert wird.

3. Schlussfolgerungen

Die zur Europäischen Volkspartei gehörende christdemokratische CDA sowie die konservativen Parteien NSC und BBB, die im Europäischen Parlament Teil der EVP-Fraktion sind, konkurrieren untereinander im Mitte-rechts-Spektrum. Zudem haben die drei Parteien jeweils unterschiedliche Strategien im Umgang mit der populistischen bzw. radikalen Rechten gewählt: Während die BBB und NSC zusammen mit der rechtsliberalen VVD eine Regierung mit der radikalrechten PVV eingegangen sind, hat sich die christdemokratische CDA, auch aufgrund der Wahlniederlage 2023, bewusst für die „konstruktive“ Oppositionsrolle entschieden. Punktuell ist die CDA bereit, mit der radikalrechten Regierung Kompromisse zu schließen, setzt sich andererseits aber kritisch von der Regierung ab. Eine Duldung oder eine gemeinsame Regierung mit der PVV schließt die CDA aus. Die CDA präsentiert sich als „anständige“ Partei der Mitte, die sich in den Dienst der Gesellschaft stellt und Lösungen für Probleme finden möchte. BBB scheint sich eng mit der PVV verbunden zu

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

haben und tritt klar für ihre landwirtschaftspolitischen Kerninteressen ein. Jedoch sieht sie sich gleichzeitig vor der Herausforderung, Sachfragen (insbesondere im Bereich Umweltschutz) effektiv zu bearbeiten. Die konservative NSC versucht, einen konstruktiven Kurs als verantwortungsvolle Regierungspartei zu verfolgen. Dabei versucht sie, eine Balance zwischen gemeinsamer Regierungsarbeit und gleichzeitiger Abgrenzung zu erreichen. Sie hat sich u. a. dafür eingesetzt, dass sich Wilders zu Rechtsstaatlichkeitsprinzipien als Regierungsnorm verpflichtet hat. Dieser Kurs stellt die Partei vor ein Dilemma, da sie dadurch leicht angreifbar wirkt. Die nächsten Parlamentswahlen werden zeigen, welche dieser Strategien und inhaltlichen Positionierungen für die Parteien von den Wählerinnen und Wählern goutiert bzw. abgestraft werden.

In der Vergangenheit wurden unterschiedliche Strategien der Ausgrenzung und Kooperation mit unterschiedlichem Erfolg versucht. Allgemein werden rechtspopulistische Parteien so lange wie möglich von politischer Macht ausgeschlossen. Gleichzeitig werden zugrundeliegende Tendenzen bei der eigenen Positionierung berücksichtigt. Kooperationen mit radikalrechten Parteien sind mit hohen Risiken verbunden. Oft führen Kooperationen bzw. Konflikte mit amateurhaft geführten rechtspopulistischen Parteien zu politischem Chaos und gesellschaftlicher Unzufriedenheit. Nach der vorgezogenen Neuwahl 2023 ist die PVV so stark wie nie. Der PVV-Partei- und Fraktionsvorsitzende Wilders ist der mächtige Strippenzieher im Hintergrund, der die Geschicke der Regierung mit den Fraktionsvorsitzenden der VVD, BBB und NSC aus dem Parlament heraus bestimmt. Angesichts der aktuellen Situation haben sich konservative und christdemokratische Parteien in den Niederlanden für unterschiedliche Strategien im Umgang mit radikalrechten Parteien entschieden.

Österreich

1. Ausgangslage

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde bereits 1956 gegründet und ging aus dem Verband der Unabhängigen (VdU), einem Sammelbecken für ehemalige Nationalsozialisten, hervor. Seitdem deckt sie das neben dem christlich-sozialen und sozialdemokratischen sogenannte dritte, deutsch-nationale Lager ab. Im Jahrzehntlang von großen Koalitionen und dem Konkurrenzkampf zwischen den beiden Großparteien SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) gekennzeichneten Umfeld wurde die FPÖ erstmals von der SPÖ als Mehrheitsbeschafferin und Koalitionspartner in eine Bundesregierung geholt (1983–1986). Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist sie als relevanter Faktor im österreichischen Parteiensystem etabliert. Unter der Führung von Parteichef Jörg Haider positionierte sich die FPÖ zunehmend als rechtspopulistische Partei und galt dabei als die erste ihrer Art in Europa. In der Geschichte der FPÖ können mehrere Flügelkämpfe identifiziert werden, bei denen immer der radikalere Flügel als Sieger vom Platz ging: 1986 zwischen liberalem und national-konservativem Flügel, der sich mit der Wahl Haiders zum Parteichef durchsetzte; und ab dem Ibiza-Skandal 2019, nach dem sich der radikalere Herbert Kickl gegen den moderateren Norbert Hofer durchsetzte. Die Rhetorik und die Positionen gegenüber Migration, Islam und der EU sowie später der Covid-Politik wurden in den letzten Jahren maximal verschärft und erreichen aktuell den Höhepunkt ihrer Radikalisierung.

Auch wenn die erfolgreiche Phase unter Jörg Haider – mit Regierungsbeteiligung der FPÖ 2000–2003 – bereits vor den 2000ern zu verorten ist, haben zum Erfolg der FPÖ ähnliche Faktoren wie in anderen Ländern beigetragen: Die Finanzkrise mit darauffolgender Wirtschaftskrise ab 2008 und insbesondere die Flüchtlingskrise ab 2015, von der Österreich überdurchschnittlich stark betroffen war und ist. Ängste vor Überfremdung und Identitätsverlust wurden geschürt und instrumentalisiert, während andere politische Akteure die Probleme nicht entsprechend lösen konnten.

Für Österreich spezifisch ist der Umstand, dass die häufigste Regierungsform der Zweiten Republik die große Koalition aus SPÖ und ÖVP ist und die beiden Parteien über zwei Jahrzehnte durch Vorfeldorganisationen und Postenbesetzungen das Land gewissermaßen unter sich aufgeteilt haben. Wiederholte gegenseitige Blockaden, Minimalkompromisse sowie Skandale und Korruptionsvorwürfe haben das Vertrauen der Bevölkerung in diese beiden Parteien von Wahl zu Wahl weiter untergraben und der FPÖ zusätzlichen Auftrieb gegeben.

Anders als in Deutschland fand die Entnazifizierung und die Aufklärung über Österreichs Rolle im Nationalsozialismus relativ spät, vergleichsweise schwach und nicht so entschieden statt. Erst in den 1990er Jahren wurde von offizieller Seite statt der bisherigen „Opfer“ auch eine „Täterrolle“ anerkannt und man bekannte sich zu seiner Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Demokratiepolitische Bildung wurde ebenfalls zu unentschlossen vorangetrieben. Die Geisteshaltung im Land war sehr lange von einem Gefühl geprägt, auf einer „Insel der Seligen“ zu leben, auf der man sich aufgrund von Wirtschaftswachstum und sozialer Stabilität lange nicht mit der Verantwortung für die Vergangenheit und den Problemen der Zukunft beschäftigen musste. Diese Kombination

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

war über Jahrzehnte der perfekte Nährboden für das Erstarken und die Radikalisierung der FPÖ.

2. Strategie

Die Strategie der ÖVP im Umgang mit der FPÖ hat sich im Laufe der Jahre erheblich verändert. Sie kann als Versuch einer „Entzauberung durch Einbindung“ bezeichnet, jedoch mit Blick auf die letzten Wahlergebnisse insgesamt als insgesamt gescheitert angesehen werden. In den 1980er und 1990er Jahren verfolgte die ÖVP eine klare Abgrenzungsstrategie gegenüber der FPÖ. Dies änderte sich jedoch im Jahr 2000, als die ÖVP unter Wolfgang Schüssel eine Koalition mit der FPÖ einging. Diese Entscheidung führte zu Sanktionen der damaligen EU-14 gegen Österreich, da die FPÖ damals als rechtsextrem eingestuft wurde. Die Koalition hielt bis 2007 und markiert einen Wendepunkt in der österreichischen Politik.

In den folgenden Jahren schwankte die ÖVP zwischen Kooperation und Abgrenzung. Unter der Führung von Sebastian Kurz ab 2017 ging die ÖVP erneut eine Koalition mit der FPÖ ein, die bis 2019 andauerte. Diese Zusammenarbeit endete abrupt nach dem sogenannten Ibiza-Skandal, bei dem FPÖ-Politiker in Korruptionsvorwürfe verwickelt waren.

Seitdem hat die ÖVP versucht, sich wieder stärker von der FPÖ abzugrenzen, während sie gleichzeitig versucht, deren Wählerbasis durch eine harte Linie in der Migrationspolitik und konservative Werte anzusprechen.

Die FPÖ war auf verschiedenen Regierungsebenen in Österreich beteiligt. Auf nationaler Ebene war sie zunächst von 1983 bis 1986 vor ihrer rechtspopulistischen Wende unter Haider und später dann von 2000 bis 2007 und von 2017 bis 2019 Teil der Bundesregierung.

Auf Landesebene gab und gibt es zahlreiche Regierungsbeteiligungen der FPÖ. In Vorarlberg, Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich gibt es eine ÖVP-FPÖ-Koalition, in der Steiermark seit Dezember 2024 erstmals eine von der FPÖ geführte Koalition mit der ÖVP als Juniorpartner. In jüngster Vergangenheit koalierte auch die SPÖ im Burgenland mit der FPÖ, nämlich von 2015 bis 2019. Ein Sonderfall ist das Bundesland Kärnten, in dem die FPÖ traditionell ihre stärksten Ergebnisse einfuhr. Sie stellte hier sogar insgesamt viermal den Landeshauptmann (Regierungschef): von 1989 bis 1991 und von 1999 bis 2013. Seitdem ist die FPÖ (die zwischenzeitlich unter anderen Namen kandidiert hatte) wieder in der Opposition.

Auf kommunaler Ebene gibt es einige Städte und Gemeinden, in denen die FPÖ (mit-)regiert, was allerdings kein Thema in der bundespolitischen Debatte darstellt.

Der gesellschaftliche Diskurs in Österreich im Hinblick auf die FPÖ hat sich im Laufe der Jahre ebenfalls verändert. In den 1980er und 1990er Jahren wurde die FPÖ weitgehend als rechtsextreme Partei betrachtet und stieß auf breite Ablehnung. Mit dem Aufstieg Jörg Haiders und der zunehmenden Akzeptanz rechtspopulistischer Positionen in der Bevölkerung änderte sich dies jedoch. Die FPÖ konnte sich als legitime politische Kraft etablieren, die insbesondere fragwürdige Privilegien der „Alt-Parteien“ anprangerte und später bei Fragen der Migration und inneren Sicherheit punkten konnte.

Seit der Corona-Pandemie 2020 hat sich der Diskurs vor allem durch die Radikalisierung der FPÖ weiter polarisiert. 2021 wurde Herbert Kickl, der Haiders Redenschreiber und später unter Kurz Innenminister war, zum Parteichef gewählt. Sein Ziel war es, die FPÖ wieder zu

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

alter Stärke zu führen, wobei er auch lautstark auf Protesten gegen Schutzmaßnahmen zur COVID-19-Pandemie auftrat und ein breites Spektrum von Maßnahmengegnerinnen und -gegnern über Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretikern in die Partei integrierte. Eine straffe Führung, stetiger Personalaufbau, verrohte Kommunikation, politische Frontalopposition und zunehmende Anti-System-Kritik führten zum ersten Wahlsieg der FPÖ bei der Nationalratswahl im September 2024. Sie gewann mit 28,85 Prozent vor der krisengebeutelten Kanzlerpartei ÖVP mit 26,27 Prozent.

3. Schlussfolgerungen

Über die letzten 40 Jahre gab es im Umgang mit der FPÖ Phasen der Ausgrenzung, Annäherung und Kooperation. Die oft artikulierte Strategie der „Entzauberung durch Einbindung“ war dabei bestenfalls zeitweilig, langfristig jedoch nicht erfolgreich.

In Phasen der Ausgrenzung, in denen eine Zusammenarbeit von der ÖVP mit der FPÖ auf Bundesebene kategorisch abgelehnt wurde, konnte sich die FPÖ als Protestpartei profilieren. Zu einer Ausgrenzung der FPÖ kam es bereits in den 1990er Jahren, als sie unter anderem das Anti-Ausländervolksbegehren „Österreich zuerst“ verfolgte.

Insbesondere während der Covid-Pandemie ab 2020 und im Zuge der Russland-Sanktionen nach der russischen Invasion in der Ukraine versuchte die FPÖ, Gegnerinnen und Gegner der Regierungsmaßnahmen anzusprechen und radikalierte so Schritt für Schritt ihre eigenen Positionen. So sprach sie sich massiv gegen unpopuläre Covid-Maßnahmen und speziell gegen die geplante Impfpflicht – den im europäischen Vergleich restriktivsten Grundrechtseingriff – aus und öffnete sich für Staatsverweigerer. Beim Umgang mit Russland stellte sie die bisherige Staatsräson in Frage. Auch wenn die Partei durch parallel dazu stattfindende Skandale und Misserfolge der Bundesregierung leichtes Spiel hatte, Unterstützung zu gewinnen, wurde sie von der ÖVP zunehmend als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet und ausgegrenzt.

Historisch wurde die FPÖ nach den Phasen der Ausgrenzung und Erstarkung später in Regierungskoalitionen miteinbezogen. Das führte zur „Salonfähigkeit“, also politischer Legitimität ihrer Politik, und zu einem kurzfristigen Popularitätsanstieg. Mit der Regierungsverantwortung gingen aber immer auch eigene Skandale und innere Spannungen einher, auf die dann Phasen der Schwächung folgten. Daraus entwickelt sich die Lesart „Entzauberung durch Einbindung“, die allerdings eher ein Narrativ als eine politische Strategie im eigentlichen Sinne darstellt. Denn es war in Phasen der erfolgreichen „Entzauberung“ nicht etwa der große Koalitionspartner ÖVP, der durch bessere Regierungsarbeit und Kommunikation die populistischen Auswüchse der FPÖ schwächte, sondern die FPÖ selbst, die sich durch eigene Fehler und Skandale selbst entzauberte. Somit können diese – wenn auch kurzfristig erfolgreichen – Entwicklungen nicht als effiziente Strategie zum Umgang mit Rechtspopulismus in Österreich bezeichnet werden. Auf die nächste Entzauberungsphase zu warten, ist nicht nur deshalb keine erfolgsversprechende Strategie. Der Führungsstil und die Führungspersonen der FPÖ haben sich längst weiterentwickelt und professionalisiert. Hinzu kommt, dass sich die FPÖ über die letzten Jahre ein eigenes mediales Paralleluniversum aufgebaut hat, welches ihr trotz potenzieller Skandale einen direkten Kanal zu potenziellen Wählerinnen und Wählern sichern wird.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Zur Stärkung der FPÖ hat auch die letzte Phase der großen Koalitionen aus SPÖ und ÖVP (2007–2017) maßgeblich beigetragen, die von gegenseitigen Blockaden, Minimalkompromissen und öffentlich ausgetragenem Streit geprägt war. Einzug hielten spätestens in dieser Phase auch eine zunehmende programmatische und intellektuelle Faulheit der Regierungsparteien und fehlende proaktive Kommunikation mit dem Souverän. Eine Schwächung bzw. Einhegung der oppositionellen FPÖ kann aber nur dann gelingen, wenn die Regierungsparteien die aktuell wichtigsten Probleme – die Folgen der illegalen Migration und die Wahrung des Wohlstands – glaubhaft adressieren und lösen.

Eine Einhegung der zunehmend radikalierten Positionierungen und Rhetorik in der FPÖ ist derzeit nicht in Sicht. Es bleibt offen, ob die gescheiterten Regierungsverhandlungen im Februar 2025 und die damit erstmalige Chance auf eine FPÖ-Kanzlerschaft – bei denen der FPÖ ein „Machtrausch“ und Maximalforderungen attestiert wurden – zu einem Überdenken ihres radikalen Auftretens bei einigen Parteifunktionären führen. Laut Umfragen wird der destruktive Kurs der FPÖ bislang jedenfalls nicht abgestraft.

Während im Frühjahr 2025 noch nach einer tragfähigen Regierung für die Republik gesucht wird, sucht auch die geschwächte ÖVP nach einer erfolgreichen Strategie zum Umgang mit der auf hohem Niveau gefestigten, radikalierten und nicht entzauberten FPÖ.

Polen

1. Ausgangslage

Seit den 2000er Jahren hat sich *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS - Recht und Gerechtigkeit) als dominierende rechtspopulistische Partei in Polen etabliert. Gegründet 2001, stieg sie 2005 erstmals in die Regierung auf und kehrte 2015 mit absoluter Mehrheit zurück. Die PiS kombiniert nationalkonservative Werte, EU-Skepsis und eine expansive Sozialpolitik mit einer starken Rolle des Staates. Eine weitere rechtspopulistische (bis rechtsradikale) Kraft ist die *Konfederacja* (Konföderation), die seit 2019 im polnischen Parlament sitzt und vor allem durch radikalen Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus auffällt. Wie in anderen europäischen Ländern profitiert der polnische Rechtspopulismus von sozialer Verunsicherung. EU-Skepsis spielt eine zentrale Rolle, ähnlich wie in Ungarn oder Italien, wo die EU als Bedrohung nationaler Souveränität dargestellt wird. Migrationsdebatten werden intensiv genutzt, insbesondere die Ablehnung muslimischer Migration. Wirtschaftliche Ungleichheiten tragen ebenfalls zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien bei.

Die PiS konnte sich durch soziale Transferleistungen wie das Kindergeldprogramm „500+“ breite Wählergruppen sichern. In Polen gibt es jedoch spezifische Faktoren, die den Erfolg dieser Parteien besonders begünstigen. Historische Traumata und Nationalismus sind tief verankert, da das Land jahrhundertelang von Fremdherrschaft geprägt war. Dies fördert eine starke Betonung nationaler Souveränität, die die PiS und die *Konfederacja* in ihrer Rhetorik gegen die etablierten Eliten und die EU gezielt einsetzen. Die katholische Kirche in Polen spielt immer noch eine wichtige Rolle, indem sie konservative Parteien oftmals unterstützt, die sich als Verteidiger traditioneller Werte positionieren. Ein weiteres zentrales Element ist ein vor allem bei der politischen Rechten vorhandenes Misstrauen gegenüber liberalen und postkommunistischen Eliten. Der Übergang von der Volksrepublik zur Demokratie verlief ungleich, wodurch Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Reformen entstand. Die PiS inszeniert sich als „Partei des Volkes“, die gegen die „kosmopolitischen“ und „abgehobenen“ Eliten kämpft. Ein entscheidender Faktor ist auch die Medienkontrolle: Nach der Rückkehr an die Macht 2015 hatte die PiS die staatlichen Medien zu Propagandainstrumenten umgebaut und zugleich private, regierungskritische Medien unter Druck gesetzt. Dies sicherte ihr überproportionale Kommunikationsmöglichkeiten und stabilisierte ihre Wählerbasis. Die Kombination aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren macht Polen zu einem besonders fruchtbaren Boden für rechtspopulistische Parteien, die sich in einem Spannungsfeld zwischen nationaler Identität, gesellschaftlicher Spaltung und europäischer Integration bewegen.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

2. Strategie

Die beiden polnischen EVP-Parteien, die *Platforma Obywatelska* (PO - Bürgerplattform) und die *Polskie Stronnictwo Ludowe* (PSL - Polnische Volkspartei) verfolgen im Umgang mit ihren rechtspopulistischen Konkurrenten unterschiedliche, sich aber ergänzende Strategien. Die PO, die größte Partei innerhalb der aktuellen Regierungskoalition hat sich über die Jahre von einer wirtschaftsliberalen, pragmatischen Kraft zu einem klaren Gegenspieler des Nationalkonservatismus entwickelt. In den frühen 2000er Jahren versuchte sie, sich als gemäßigt-konservative Alternative zu positionieren, doch nach der Wahlniederlage 2015 wurde ihre Rhetorik zunehmend konfrontativer. Während der PiS-Regierungszeit themisierte die PO die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, den Abbau der Gewaltenteilung und die Einschränkung der Medienfreiheit. Unter Donald Tusk entwickelte sich die Strategie hin zu einer offensiven Mobilisierung gegen die PiS, unter anderem durch proeuropäische Narrative. Gleichzeitig war die PO auch in eine Polarisierung des Diskurses verwickelt, indem sie PiS-Wählerinnen und -Wähler oft als rückständig oder manipuliert darstellte, was zu einer stärkeren gesellschaftlichen Spaltung beitrug.

Die PSL, als Mitte-rechts-Partei mit christdemokratischen Wurzeln, verfolgt eine differenzierte Strategie. In der Vergangenheit arbeitete sie im Parlament bei bestimmten Gesetzesvorhaben mit der PiS zusammen. Auf kommunaler Ebene kommt es gelegentlich zur Zusammenarbeit zwischen der PSL und der PiS. Von Bedeutung ist auch, dass beide Parteien in ländlichen Gebieten um dieselben Wählerinnen und Wähler konkurrieren. Folglich bedienen sie sich einer ähnlichen Rhetorik. Aber eine formelle Zusammenarbeit in den Regionalparlamenten wurde bislang vermieden. Einerseits positionierte sich die PSL klar gegen die autoritären Tendenzen der PiS, andererseits verhinderte sie eine allzu scharfe Rhetorik. Während die PSL lange als pragmatische Kraft der Mitte auftrat, zeigt sie sich in der aktuellen Regierungskoalition verstärkt als loyale, aber dennoch konservative Stimme, insbesondere in gesellschaftspolitischen Fragen wie der Abtreibungspolitik.

Der gesellschaftliche Diskurs über die rechtspopulistische PiS hat sich über die Jahre stark verändert. In den frühen 2000er Jahren wurde sie als eine von mehreren konservativen Kräften betrachtet, doch seit den Wahlen 2005 wandelte sich dieses Bild. Die Polarisierung zwischen der PiS und der PO wurde immer stärker, sodass der politische Diskurs in Polen zunehmend als Kampf zwischen „demokratischen Kräften“ und „autoritären Tendenzen“ dargestellt wurde. Während die PO und die PSL die PiS als Gefahr für die Demokratie brandmarkten, stellte sich die PiS als Verteidigerin traditioneller Werte gegen eine vermeintliche „liberale Elite“ dar. Diese Spaltung führte dazu, dass in Polen zwei parallele Öffentlichkeiten entstanden, mit stark divergierenden Medienwelten. Die PSL versuchte, sich dieser Lagerbildung teilweise zu entziehen, indem sie sich als pragmatische Mitte präsentierte, doch auch sie wurde letztlich in die Polarisierung der Parteienlandschaft hineingezogen.

Der Wahlsieg der Opposition 2023 markierte eine neue Phase, in der die PO und die PSL nun aktiv versuchen, die institutionellen Veränderungen der PiS-Regierung rückgängig zu

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

machen. Gleichzeitig inszeniert sich die PiS als „verfolgte Opposition“ und setzt auf eine Strategie des Widerstands gegen die neue Regierung.

3. Schlussfolgerungen

Der Umgang der PO und der PSL mit der rechtspopulistischen PiS zeigt, dass Strategien wie Ausgrenzung, Annäherung oder punktuelle Zusammenarbeit unterschiedliche Effekte auf deren Entwicklung hatten. In den frühen 2000er Jahren war die PiS eine von mehreren konservativen Parteien (zu denen anfänglich auch die PO gezählt werden konnte). Nach ihrem Wahlsieg 2005 regierte die PiS zunächst in Koalition mit der rechtsradikalen LPR und der populistischen *Samoobrona* und später als Minderheitsregierung. Die PO entschied sich nach der Wahl für eine klare Abgrenzungsstrategie, anstatt um konservative Wählerinnen und Wähler zu konkurrieren. Dies trug dazu bei, dass die PiS nach dem Bruch der Koalition 2007 zur dominierenden Kraft des rechten Lagers wurde, während kleinere rechte Parteien an Bedeutung verloren.

Nach 2015 setzte die PO auf eine Strategie der totalen Konfrontation, indem sie die PiS als Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaat darstellte. Diese Polarisierung trug jedoch dazu bei, dass die PiS ihre Wählerbasis mobilisieren konnte, indem sie sich als Verteidigerin nationaler Souveränität inszenierte. Die PSL verfolgte eine flexiblere Strategie, indem sie sich zwar klar gegen autoritäre Tendenzen der PiS stellte, jedoch in einzelnen politischen Fragen oder auf lokaler Ebene teilweise mit ihr zusammenarbeitete. Diese pragmatische Haltung sicherte der PSL das langfristige Überleben, führte jedoch dazu, dass sie als wenig profilierte Zünglein-an-der-Waage-Partei wahrgenommen wurde. Von dieser Anpassungsfähigkeit der PSL zeugt ebenfalls die Bildung eines gemeinsamen Wahlbündnisses im Jahre 2019, dem teilweise auch Rechtspopulistinnen und -populisten angehörten. Bei den letzten Parlamentswahlen 2023 hingegen bildete die PSL ein Bündnis mit der liberalen Partei *Polska 2050* (Polen 2050).

Die Geschichte der PiS zeigt Phasen von Stärke und Schwäche. Nach der Wahlniederlage 2007 geriet die Partei in eine Krise, während die Unterstützung für die PO-geführte Regierung unter Donald Tusk ständig wuchs. Interne Konflikte und Abspaltungen schwächten die PiS zusätzlich. Auch 2023 erlitt sie eine Niederlage, obwohl sie mit einem Drittel der Wählerstimmen stärkste Partei blieb. Wirtschaftliche Probleme, Inflation, Korruptionsskandale und eine überzogene Machtpolitik kosteten sie die Regierungsmehrheit.

Entscheidend für den Erfolg der Opposition war auch eine breite und taktisch geeinte Koalition, die gesellschaftliche Spannungen für sich nutzen konnte. Gleichzeitig profitierte die PiS von internationalen Krisen wie der Migrationsdebatte und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die sie zur Legitimation ihres Kurses heranzog. Langfristig lässt sich der Einfluss rechtspopulistischer Parteien am ehesten durch eine glaubwürdige,

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

pragmatische Regierungsalternative eindämmen, die Polarisierung vermeidet und demokratische Institutionen stärkt.

Schweden

1. Ausgangslage

Die schwedische Parteienlandschaft ähnelt auf dem ersten Blick der deutschen, ist jedoch mit insgesamt acht Parteien etwas fragmentierter und teilt sich lose in einen konservativen und einen linken Block. Links stehen die in Schweden traditionell starken *Sozialdemokraten*, die *Linkspartei* und die *Grünen*. Im konservativen Block befinden sich die konservativen *Moderaterna* (Die Moderaten), die *Liberalen*, die *Christdemokratische Partei* und seit der letzten Reichsratswahl 2022 die rechtspopulistischen *Sverigedemokraterna*, (SD - Schwedendemokraten). Die lange ebenfalls dem bürgerlichen Lager angehörende, aus dem ländlichen Milieu stammende, liberale *Zentrumspartei* hat dieses 2018 aus Protest gegen eine Annäherung der anderen bürgerlichen Parteien an die SD verlassen und befindet sich seitdem irgendwo zwischen diesen Lagern. Die *Schwedendemokraten* sind eine migrationskritische, wertkonservative und EU-kritische Partei, die sich selbst als „eine sozialkonservative Partei mit nationalistischer Basis“ beschreibt. Die *Schwedendemokraten* haben ihre Wurzeln in rechtsextremen Organisationen wie z. B. dem „Weißen Arischen Widerstand“ und wurden 1988 als neonazistische Partei gegründet. Seit den frühen 2000er Jahren schlägt die Partei einen moderateren Kurs ein und konzentriert sich auf Anti-Migrationsfragen. Dieses Thema ist bis heute das wichtigste Thema der Partei. Heute distanziert sich die Partei von ihren rechtsextremen Wurzeln und verweist auf ihre interne Aufarbeitung und Reformen, trotzdem gibt es immer noch Mitglieder und Partefunktionäre, die seit ihrer Gründung aktiv dabei sind und/oder mit rhetorischen Ausreißern und rassistischen Aussagen auffallen. Der strategisch und programmatisch moderate Kurs, den die *Schwedendemokraten* für sich gewählt haben, ist, gemessen an den Wahlerfolgen, erfolgreich gewesen. Unter dem langjährigen Parteivorsitzenden Jimmie Åkesson (seit 2005) zogen die SD 2010 das erste Mal mit 5,7 Prozent in das schwedische nationale Parlament ein. Während der letzten Wahlen gelang es ihnen, ihre Wahlergebnisse stetig zu verbessern auf zuletzt 20 Prozent im Jahr 2022. Den *Schwedendemokraten* gelingt es, insbesondere männliche Wähler von fast allen Parteien – besonders den schwedischen EVP-Parteien – abzuwerben. Die Partei ist besonders stark in ländlichen, traditionell links-sozialdemokratischen Regionen gewachsen. Neben Migrationspolitik sind auch identitätspolitische Themen sowie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität für ihre Wählerinnen und Wähler wichtig. Seit 2022 unterstützen die *Schwedendemokraten* die konservative Minderheitsregierung bestehend aus den *Moderaten*, *Liberalen* und *Christdemokraten* – ein Novum in der schwedischen Politik.

2. Strategie

Die *Schwedendemokraten* haben sich insgesamt von einer kleinen, rechtsextremen, neonazistischen, nicht tolerierten Partei zu einem zentralen, rechtspopulistischen, als

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

bürgerlich wahrgenommenen Mitgestalter der schwedischen Politik entwickelt. Die Partei ist seit 2022 Teil der Regierungsmehrheit, indem sie institutioneller Partner der konservativ-liberalen Minderheitsregierung ist. Die Zusammenarbeit in sechs Kernbereichen wie Energie und Klima, Kriminalitätsbekämpfung und Migration sowie Integration ist durch einen Kooperationsvertrag (das Tidö-Abkommen) geregelt, der erkennbar die Handschrift der *Schwedendemokraten* trägt und von den SD und den drei Regierungsparteien schrittweise umgesetzt wird.

Die *Schwedendemokraten* sind offiziell nicht Teil der Regierung und stellen somit keine Ministerinnen oder Minister, haben aber ein Verbindungsbüro in der Staatskanzlei. Diese Regierungsform ist das Ergebnis der sukzessiven Öffnung seitens der zwei EVP-Parteien, den *Moderaten* unter ihrem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Ulf Kristersson und besonders der *Christdemokraten* unter ihrer Parteivorsitzenden Ebba Busch. Teile der *Christdemokraten* sind heute die einzigen, die fordern, die *Schwedendemokraten* bei der nächsten Regierungsbildung als offiziellen Koalitionspartner mit einzubinden, was auch dem erklärten Ziel der *Schwedendemokraten* selbst entspricht. Die *Christdemokraten* waren – gefolgt von den *Moderaten* – die Gatekeeper, die sich als erstes mit den *Schwedendemokraten* zu Gesprächen trafen und dann auch intensiver und öfter zusammenarbeiteten. Die Regierungszusammenarbeit mit den *Schwedendemokraten* ist auf nationaler Ebene ein Novum, jedoch gab es in der vorhergehenden Legislaturperiode bereits ähnliche Vorläufermodelle auf regionaler und kommunaler Ebene. Nach den Wahlen 2018 hatte es sogar bereits Verhandlungen mit den Rechtspopulisten über eine Zusammenarbeit (Tolerierung) auf nationaler Ebene gegeben, jedoch waren diese 2018 an der Weigerung der liberalen Parteien, mit den *Schwedendemokraten* zusammenzuarbeiten, gescheitert. Diese informelle Einbindung der *Schwedendemokraten* ist in Schweden umstritten, jedoch ist ihre Akzeptanz vor allem im konservativen Milieu über die letzten Jahre deutlich und stetig gewachsen. Hier werden die Annährung und Einbindung als notwendiges, aber, im Vergleich zu einer sozialdemokratisch geführten Regierung, kleineres Übel gesehen. Demnach sei die Zusammenarbeit auch die Umsetzung des Willens von 20,6 Prozent der schwedischen Wählerinnen und Wähler, die man nicht ignorieren könne. Demgegenüber stehen die andere Hälfte der Parteien und ihre Wählerinnen und Wähler, die gegen jegliche Zusammenarbeit mit den *Schwedendemokraten* sind.

3. Schlussfolgerungen

Die Einbindung der SD in die Regierungsarbeit ermöglichte eine konservativ-liberale Regierung und eine entsprechende realpolitische Ausrichtung. Die konservativ-liberale Regierung ist stabil und konnte wichtige Wahlversprechen umsetzen. Akzente wurden in der Einwanderungs-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gesetzt. Erfolge kann die Regierung u. a. mit dem Beitritts Schwedens zur NATO, der Verabschiedung gemeinsamer Haushalte und in der Einigkeit zur Unterstützung der Ukraine vorweisen. Eine Reihe von Verschärfungen wurde in der Migrationspolitik beschlossen: Der Familiennachzug wurde erschwert,

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Sozialleistungen wurden verringert, und für Geflüchtete ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft nun fast unmöglich. Kritische Stimmen dazu kommen auch aus der Wirtschaft, die zum Teil von ausländischen Arbeitskräften abhängig ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und *Schwedendemokraten* zu EU-Fragen ist bisweilen mühsam und führte mitunter zu widersprüchlichen Positionen Schwedens in der EU. So stellten sich die SD gegen den von der schwedischen Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2023 ausgehandelten Migrationspakt, da man gar keine europäischen Regelungen in diesem Bereich wünscht. Gleiches gilt für neue Klimaschutzmaßnahmen. Ein weiteres Negativbeispiel war das Bekanntwerden von so genannten Trollfabriken der *Schwedendemokraten*: Die Partei hatte organisiert und heimlich mit Trollfabriken gearbeitet, um gezielt Desinformation zu verbreiten und Ängste zu schüren, insbesondere in Bezug auf Themen wie Einwanderung, Sicherheit und nationale Identität. Diese Desinformationskampagnen richteten sich auch gegen die Regierungsparteien – trotz der Vereinbarung eines gegenseitigen, respektvollen Umgangs im Tidö-Abkommen.

Die Tolerierung der Minderheitsregierung durch die rechtspopulistischen *Schwedendemokraten* lässt ein weiteres Problem erkennbar werden: Einerseits gestalten die *Schwedendemokraten* die Politik insbesondere beim Thema Migration mit, andererseits haben die *Schwedendemokraten* keine Ministerien inne und tragen somit keine offizielle Verantwortung für die umgesetzte Politik. In der Praxis spielen die Rechtspopulisten mit dieser Doppelrolle, indem sie Politik aktiv mit der Regierung gestalten, sich aber im öffentlichen Diskurs oft als Opposition geben. Mit anderen Worten: Die *Schwedendemokraten* machen mit der Regierung die Politik in vielen Bereichen und kritisieren die Regierung gleichzeitig, ähnlich einer Oppositionspartei. Sie profitieren, indem sie das Beste aus beiden Rollen für sich herausziehen, ohne die Verantwortung in der Form zu tragen, in der es eine an der Regierung beteiligte Partei tun würde und müsste. Dass die *Schwedendemokraten* diese Doppelrolle gekonnt spielen, zeigen auch ihre Zustimmungswerte, die konstant bei 20 Prozent bleiben.

Eine Ausnahme bildete das Ergebnis von 13,2 Prozent bei der EU-Wahl 2024, bei der die *Schwedendemokraten* ihre eher EU-skeptisch eingestellten Wählerinnen und Wähler nicht in der Form mobilisieren konnten wie bei nationalen Wahlen. Wechselwählerinnen und -wähler waren vermutlich auch von der kurz zuvor bekannt gewordenen Trollfabrik-Affäre und dem unsouveränen Umgang der Partei damit abgeschreckt worden.

Die *Schwedendemokraten* sind in ihren politischen Forderungen weniger radikal und treten rhetorisch gemäßigter auf als manch andere rechtspopulistische Partei in Europa. Aus der Position einer Unterstützerpartei der Minderheitsregierung heraus agieren zu können, hat die *Schwedendemokraten* gestärkt, die Praxis der Tolerierung der Minderheitsregierung hat zu einer Art „Gewöhnung“ an den populistischen Habitus der Partei geführt.

Inwieweit das schwedische Modell der Tolerierung die Rechtspopulisten weiter stärken wird, oder die Partei sogar auf eine mögliche Rolle als künftigen Koalitionspartner vorbereitet und die „Grenzen des Sagbaren“ im politischen Diskurs weiter verschoben werden, bleibt abzuwarten.

Spanien

1. Ausgangslage

Spanien stellt eine Ausnahme in Europa dar. Die rechtspopulistische Partei VOX (Latein für „Stimme“) ist zwar im spanischen Parteiensystem etabliert, derzeit jedoch kein Machtfaktor – auch wenn diese Partei seitens der Linken und der ihnen nahestehenden Medien aus taktischen Gründen immer wieder hochgespielt wird. VOX hat bei den Nationalwahlen 2023 das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung vor rund zehn Jahren erzielt. Im Juli 2024 hat sie sämtliche ihrer fünf Koalitionen (und ein Tolerierungsabkommen) mit der Mitte-rechts-Partei *Partido Popular* (PP – Volkspartei) auf der Ebene der *Comunidades Autónomas* (analog zur Länderebene in Deutschland) auf Grund eines Streits über die Migrationspolitik aufgekündigt. Parallel hat die PP in den vergangenen drei Jahren in vier autonomen Regionen absolute Mehrheiten erzielt.

Von den zehn VOX-Gründungsmitgliedern im Jahr 2014 kamen sieben von der Volkspartei PP. Wirtschaftskrise und Sparkurs, Vertrauenskrise in politische Eliten (Korruptionsskandale bei sowohl Konservativen als auch Sozialisten), Radikalisierung auf Seiten der politischen Linken (Identitätspolitik, Zugeständnisse an Separatismus und peripheren Nationalismus, etc.) bildeten die Hintergrundfolie für ihr Entstehen.

Analog zur Gründungsgeschichte der AfD sahen die Treiber der VOX-Gründung in der PP nicht mehr ihre politische Heimat. Sie wird vom Gründer und immer noch Parteivorsitzenden Santiago Abascal als die „feige Rechte“ angegriffen, die grundlegende Werte des konservativen Credos in Spanien verraten habe: Familie, Einheit der Nation (gegen separatistische Bestrebungen, vor allem in Katalonien), Migration. Im Ergebnis können die große ökonomische Frustration und das Erstarken insbesondere des katalanischen Separatismus als die Inkubatoren der Parteigründung angesehen werden. Dazu gesellten sich fundamental unterschiedliche Wertorientierungen. VOX glaubte, sich gegen Feminismus, Wokismus, Social Engineering und eine aus ihrer Sicht ideologisierte Bildungspolitik zur Wehr setzen zu müssen. Weitere programmatiche Bestandteile liegen in der Ablehnung eines als Fremdbestimmung empfundenen Multilateralismus („Agenda 2030“). Eine an der Grenze zur Leugnung des Klimawandels sich definierende Ablehnung der europäischen Klimapolitik gründet sich auf der Kritik, dass damit die spanische Industrie und vor allem die Landwirtschaft ins Hintertreffen gerate.

Spanien-spezifische Entstehungsursachen sind ein dezidierter Zentralismus und die Ablehnung des Autonomiestatus' der Regionen. Hinzu kommt ein aus Sicht von VOX zu laxer Kampf gegen die terroristische ETA und ihrer politischen Nachfolgeorganisation *EH Bildu*. Hier ist zu berücksichtigen, dass die Familie des VOX-Gründers Santiago Abascal Opfer der ETA-Terroristen war. Nicht nur die Ablehnung der illegalen Migration, sondern auch jene der islamischen Migration generell tragen Züge eines Kulturkampfes. In historischer Anspielung benutzt VOX in populistischer Weise den Ausdruck „Reconquista“ (Rückeroberung der

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

arabisch dominierten Iberischen Halbinsel durch die katholischen Reiche im Mittelalter) als Kampfbegriff, um das Spanische gegen internationale Einflüsse zu behaupten.

Bis vor circa zwei Jahren war VOX eine rechtspopulistische, dezidiert konservative Partei, aber (noch) nicht extremistisch. So zeigte sie sich weder antisystemisch hinsichtlich der spanischen Demokratie, noch propagierte sie den EU-Austritt Spaniens.

In der Folgezeit radikalierte sich VOX allerdings spürbar. Analog zur AfD verließen sukzessive gemäßigt-liberale Führungspersonen die Partei. In Rhetorik und Programmatik gerierte sich VOX immer populistischer. Die Partei orientiert sich zunehmend an Vorbildern anderer rechtsextremer Parteien in Europa.

Ihre Stärke bei der jungen Generation ergibt sich nicht trotz, sondern wegen ihres Traditionalismus. Der typische junge VOX-Wähler ist zwischen 18 und 34 Jahre alt, männlich, aus der Mittelklasse, mit Arbeitsplatz, hat eine Ausbildung oder einen höheren Bildungsabschluss und ist nicht praktizierender Katholik oder Agnostiker.

Die jüngste Radikalisierung hat neben ideologischen auch handfeste politische Gründe. Ihre Regierungsbeteiligung hat sich nicht bezahlt gemacht. Zudem ist in Katalonien bei den Europawahlen ein Mitbewerber auf der rechten Seite entstanden, der analog zum *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) ohne Parteistrukturen und ohne Programm allein auf der Basis eines Online-Wahlkampfes ca. 800.000 Proteststimmen erhalten hatte – vor allem auf Kosten von VOX (SALF, *Se acabó la fiesta* – Die Party ist zu Ende).

Durch die linkspopulistische *Podemos*-Partei war das populistische Narrativ in Spanien schon (erfolgreich) erprobt worden – VOX setzte dieses im Wettbewerb um das konservative Wählerspektrum ein.

2. Strategie

Die rechtspopulistische VOX und die linkspopulistische Sammlungsbewegung *Sumar* benutzen und benötigen sich gegenseitig als Antipoden. Der „Kampf“ gegen die jeweils anderen Populisten dient der Selbstlegitimation der eigenen Radikalität. Beide überzeichnen den jeweils anderen in seinen realen politischen Einflussmöglichkeiten. Aber auch die regierende sozialistisch-sozialdemokratische Partei PSOE unter Regierungschef Pedro Sánchez pflegt einen taktischen Umgang mit VOX. Seine bislang erfolgreiche Wahlkampfstrategie beruhte auf einer künstlichen Bipolarität: PSOE und *Sumar* als progressive, moderne Kraft auf der einen, der rückwärtsgewandte „Block“ der „rechten“ PP und der „rechtsextremen“ VOX auf der anderen Seite. Dass PP ein gespanntes bis ablehnendes Verhältnis zu VOX hat, wird geflissentlich ignoriert.

Die *Partido Popular*, neben der CDU eine der wenigen verbliebenen Volksparteien der Mitte, hat in VOX bis heute eine Art politischen Betriebsunfall gesehen, der bald zu korrigieren sei. Das Elektorat von VOX wird als identisch mit dem eigenen gesehen. VOX-Funktionärinnen und -Funktionäre waren die abtrünnigen PP-ler, sozusagen die „schwarzen Schafe“. Ziel ist –

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

öffentlicht eher unausgesprochen –, VOX genauso zu absorbieren wie es mit der liberalen Partei *Ciudadanos* gelungen war, die mittlerweile vollständig in der PP aufgegangen ist.

Diese Einstellung zu VOX wirkt sich erheblich auf den Umgang mit ihr aus. Eine „Brandmauer“ wird entschieden abgelehnt. Man treffe damit die Wählerinnen und Wähler, die man zurückgewinnen wolle und stärke nur die VOX-Funktionärinnen und -Funktionäre. In den Wahlkämpfen ignoriert die PP die rechtspopulistische Konkurrenz weitgehend. Keine PP-Politikerin bzw kein PP-Politiker würde es akzeptieren, gewisse Themen nicht anzusprechen, nur weil VOX die gleichen Themen anspricht. So stärkt die PP die Familien, spricht sich dezidiert gegen jeglichen Separatismus aus und wettert bei jeder Gelegenheit gegen sozial- und gesellschaftspolitische Übertreibungen insbesondere der linksradikalen Partner der sozialistischen Regierung. Das alles macht VOX zwar auch, allerdings mit deutlich anderer Tonalität.

Dass die PP-Strategie darauf abzielt, VOX von der politischen Landkarte zu tilgen, steht nicht im Widerspruch zur Tatsache, dass die PP einen ebenfalls taktischen Zugang zu VOX entwickelt hat. VOX diente der PP als sporadischer Mehrheitsbeschaffer, Tolerierungs- und Koalitionspartner auf kommunaler und regionaler Ebene, wenn es dazu dient, die Sozialisten von der Macht abzulösen. Dafür wurde die PP heftig und auch gerade von deutschen Medien attackiert. Dabei wurde übersehen, dass die PP in den Koalitionsregierungen alle relevanten wie neuralgischen Themen selbst übernommen hat: Dazu zählen Finanzen und die innere Sicherheit, aber auch Bildung, Kultur, Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik. VOX wurden – bei allem Respekt vor diesen Themen – Verantwortlichkeiten wie Landwirtschaft, Wald, Tradition und Heimat zugestanden.

Im Ergebnis zahlten die Regierungsbeteiligungen nicht auf die Wahlkonten von VOX ein. Es war die Unsichtbarkeit ihres Regierungshandelns und der Zwang zu Kompromissen, der VOX politisch geschadet hat. Seitens der PP gab es keine theoretische und dezidierte „Umarmungs- oder Entzauberungsdebatten und -strategien“, sondern schlichtweg pragmatisches Regierungshandeln. VOX verlor Sichtbarkeit und Profil, was sich in schlechten Umfragen und Wahlergebnissen niederschlug. So sah die VOX-Führung den einzigen Ausweg im Verlassen aller Koalitionen mit der PP, wofür der Konflikt um die Aufnahme von 350 minderjährigen Flüchtlingen nur als Vorwand, nicht als eigentliche Ursache des Schismas gewertet werden muss. VOX wollte nicht länger als „Juniorpartner, Maulesel oder Steigbügelhalter“ der PP gesehen werden. Die Erfolge von Trump, Milei, Orban und Meloni sowie die Europawahlen insgesamt dürften zur Einschätzung der VOX-Spitze geführt haben, dass sich Radikalität und Ungebundenheit mehr lohnen als Kompromisse und Regierungsbeteiligungen. Die Übernahme des Fraktionsvorsitzes der „Patrioten für Europa“ im Europäischen Parlament muss als Aufwertung von VOX auf internationaler Bühne angesehen werden.

In der Gesamtschau ist also durchaus eine PP-Strategie im Umgang mit VOX erkennbar, diese wird aber aus taktischen Gründen kommunikativ nicht nach außen getragen (beispielsweise als „rote Linien“). Im Regierungsgeschäft kann sich VOX nicht profilieren (erhält bei Regierungsbeteiligungen nur marginale Ressorts, PP nutzt Spannungen zwischen der Parteiführung in Madrid und den VOX-Regionalorganisationen, etc.). PP lässt sich nicht

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

erpressen, auch um den Preis, dass die verschiedenen Arrangements von VOX (wie unlängst bei mehreren Regionalregierungen geschehen) gekündigt werden: die Rechtspopulisten haben nun den „schwarzen Peter“, sollten in den betreffenden Regionen die Sozialisten und ihre linken Partner reüssieren. Andererseits setzt die Linke auf das Schreckensbild von PP-VOX-Koalitionen („rechts und ultrarechts“), die Spanien angeblich in eine schon überwunden geglaubte Vergangenheit katapultieren würden.

3. Schlussfolgerungen

Das Vorgehen, aus pragmatischen Gründen eingeschränkte, stark konditionierte Regierungskonstellationen einzugehen, hat definitiv zur Schwächung von VOX beigetragen. Das gelang vor allem, weil es ein klares Gefälle hinsichtlich der Stärke zwischen PP und VOX gab. Die PP dominierte Themen, Ämter und öffentliche Wahrnehmung.

Seit ihrer Gründung mit dem zunächst rasanten Aufstieg von VOX ist seit einigen Jahren ein wellenartiger Abschwung auf derzeit stabile ca. 13 Prozent landesweit festzustellen, wobei das Verhalten der übrigen politischen Akteure wesentlicher Treiber dafür ist. Zugeständnisse der Regierung Sánchez an die Separatisten in Katalonien oder das Versagen des PP-Präsidenten im Zuge der Flutkatastrophe in Valencia sind kurzfristige Treiber, von denen VOX profitiert. Strukturell hat der Extremismus in Spanien jedoch keinen breiteren Rückhalt. Gleichwohl will VOX, angestachelt von den Erfolgen der Populisten in Europa und den USA, über die eigene Radikalisierung reüssieren.

Durch diese Radikalisierung sieht sich die PP in einer Zwickmühle. Ohne VOX hat die PP gegenüber der Minderheitsregierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez (bestehend aus Sozialisten und Linkspopulisten, geduldet und abhängig von separatistischen und regionalistischen Parteien) keine Machtoption. Galt VOX bislang als komplementär zur PP, ist VOX nun zunehmend Gegner – und nicht mehr ein „natürlicher“ Koalitionspartner.

Im Umgang mit VOX konnte die PP einige strategische Ansätze bis dato erfolgreich verfolgen:

- Die PP blickt weniger wie das Kaninchen auf die Schlange VOX, sondern möchte proaktiv das rechtspopulistische Elektorat zurückgewinnen. Dafür setzt sie vor allem auf eigene Stärken.
- Die PP arbeitet sich nicht permanent an VOX ab. Im Gegenteil, VOX wird seitens der PP öffentlich weitgehend ignoriert.
- Eine „Brandmauer“ wird als wenig zielführend betrachtet. Man zieht einen pragmatischen Zugang Grundsatzdebatten vor. Wenn PP-Positionen in den Regionen mit VOX umgesetzt werden und die Sozialisten so von der Macht abgelöst oder ferngehalten werden können, kommt es zur Zusammenarbeit. Können diese Bedingungen nicht erfüllt werden, nicht.
- Die PP bekennt sich dazu, das konservative, liberale und Mitte-rechts-Lager zu repräsentieren. Deshalb besetzt sie offensiv Themen in diesen Feldern, selbst wenn diese „auch“ von VOX angesprochen werden. Eine Debatte „Original versus Kopie“

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

hält man für akademisch und für zu defensiv. So würde man VOX nur die Deutungshoheit und das Agenda-Setting zugestehen.

- Die PP bekämpft dezidiert linksextreme, identitätspolitische und „woke“ Ideologie, jedoch ohne in das VOX-Narrativ zu verfallen. So gibt es im PP-regierten Madrid eine große LGBTQ-Szene, Frauen sind häufig in Führungspositionen zu finden, die Hauptstadt setzt auf Elektromobilität und Nachhaltigkeit – ohne, dass es „Platz“ für eine grüne Partei gäbe.
- Am Beispiel Madrid sieht man, dass die PP dort als Volkspartei sui generis agiert, die das vermeintlich Unvereinbare verhandelt. Eine im Ursinn liberale Toleranz dürfte dafür der Schlüssel sein. Man toleriert LGTBQ und den Stierkampf zugleich, man verfolgt eine angebotsorientierte Wachstumspolitik mit Niedrigsteuern für Unternehmen (die zugleich Arbeitsplätze auch im Niedriglohnsektor schafft), man stellt den öffentlichen Fuhrpark auf Elektromobilität um und kritisiert zugleich eine ideologische Klimapolitik, man kritisiert illegale Migration und praktiziert zugleich eine offensive Einwanderungspolitik. Die Regional- und Stadtregierung, beide PP-geführten, sehen sich als öffentlicher Treiber für Veränderung, investieren massiv in Digitalisierung, Forschung und Entwicklung, bauen neue Stadtteile, haben aber zugleich nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit jeweils die Zahl der Ministerien und Dezernate reduziert. Man sieht keinen Gegensatz zwischen Modernität und hohem Traditionals- und Nationalbewusstsein. Vor allem vermeidet man seitens der Politik, gewisse Lebensstile zu priorisieren oder gar im Sinne des Social Engineerings gezielt zu fördern. Im Gegenteil bekämpft die PP diesbezügliche Initiativen der Linken. Konkret wird das Konservative nicht abgewertet, sondern als gleichwertig akzeptiert.
- Die PP agiert in Andalusien, einem traditionell sozialdemokratisch geführten Land, mit einer anderen Tonalität als in der Hauptstadt. Konzilianter, weniger kämpferisch, konsensorientierter. Man akzeptiert etwas unterschiedliche Vorgehensweisen bei gleichen Grundüberzeugungen.

Abgrenzung oder Umarmung? Weder noch, besser sowohl als auch: Umarmung der Wählerinnen und Wähler, Abgrenzung von den Funktionären bzw. Parteispitzen der VOX.

Tschechische Republik

1. Ausgangslage

Das Parteiensystem Tschechiens zeigt in letzter Zeit aufgrund der Bildung neuer Koalitionen und Etablierung neuer Parteien einen relativ instabilen Charakter, wie dies zumindest kürzlich in den Regional- und Europawahlen 2024 ersichtlich war. Das betrifft auch die Parteien, die man als rechtspopulistisch bezeichnen kann. Die gegenwärtigen Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus sind seit den Wahlen im Jahr 2021 die mittelechts angesiedelte populistische Bewegung *ANO 2011* unter der Führung des Milliardärs Andrej Babiš und die rechtsradikale Bewegung *Svoboda a přímá demokracie* (SPD - Freiheit und Direkte Demokratie) mit dem Vorsitzenden Tomio Okamura. *ANO 2011*, so der offiziell registrierte Name (in Medien üblich nur ANO genannt, was auf Tschechisch „Ja“ heißt), war bis 2024 in den europäischen liberalen Parteienstrukturen eingegliedert, doch nach den Europawahlen 2024 gründete die ANO zusammen mit der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ), mit dem ungarischen *Fidesz* und mit weiteren rechtspopulistischen Parteien die Fraktion *Patrioten für Europa*. Die Bewegung SPD ist im Europaparlament, gemeinsam mit der AfD, Mitglied der rechtsradikalen Fraktion *Europa der Souveränen Nationen*. Neben diesen zwei Parteien sind im Abgeordnetenhaus des Parlaments mehrere kleinere rechtspopulistische Parteien vertreten, die auf der Regionalebene aktiv sind. Es handelt sich vorwiegend um die *Právo - Respekt - Odbornost* (PRO - Partei Recht - Respekt - Sachverständ), die ihre Wurzeln in der Protestbewegung gegen die Regierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 und gegen die proukrainische Politik hat. PRO kandidierte bei den Regionalwahlen 2024 in manchen Regionen gemeinsam mit der SPD. Eine weitere rechtspopulistische Kleinpartei ist die *Trikolore*. Nach den Europawahlen traten in die Fraktion *Patrioten für Europa* auch zwei neue Europaabgeordneten aus der Wahlkoalition *Přísaha - Motoristé* (Eid - Motoristen). *Die Motoristen* bezeichnen sich als national-konservativ und sind stark vom „Trumpismus“ inspiriert.

Die Entstehung und der Erfolg der rechtspopulistischen Parteien war, ähnlich wie in anderen Ländern in Europa, durch die Verdrossenheit mit den etablierten Parteien und mit der Ablehnung der gegenwärtigen EU-Politik, vorwiegend in den Bereichen Migration, Green Deal und Diversität (LGBTQI+-Rechte, Gender-Fragen etc.), verbunden. Mehr oder weniger spielen in den einzelnen Parteien auch prorussische Narrative in Bezug auf den Ukraine-Krieg und ukrainische Immigrantinnen und Immigranten eine Rolle. Üblich ist ebenso die Kritik am sogenannten „Ukrofaschismus“ (oder „Banderismus“ etc.). Ähnlich wie in manchen anderen ostmitteleuropäischen Staaten wird auch der Antiziganismus genutzt. Doch die Rechtspopulisten, anders als die Rechtsextremisten in früheren Jahrzehnten, artikulieren selten offen ihre rassistischen Anti-Roma-Äußerungen.

Als spezifische Faktoren in der Tschechischen Republik kann man die historischen Traditionen nennen, die zu panslawistischen und antigermanischen Ideen führten. Heute fließen diese Ideen in der antiwestlichen Orientierung ein. Das nutzen auch die

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Rechtspopulisten. Von Relevanz ist auch die gegenseitige Unterstützung der tschechischen und slowakischen Rechts- und Linkspopulisten.

2. Strategie

Für die gegenwärtige Situation ist prägend, dass seit 2021 eine proeuropäische Mitte-rechts-Koalition regiert. Die Regierungskoalition besteht aus drei Parteien der Wahlkoalition *Spolu* („Gemeinsam“). Es handelt sich um die darin führende *Občanská demokratická strana* (ODS - Demokratische Bürgerpartei), die KDU-ČSL (Christliche und demokratische Union - Tschechoslowakische Volkspartei) und die Mitte-rechts-Partei *TOP 09*. Ein weiterer Teil der Regierungskoalition neben den *Spolu*-Mitgliedsparteien ist die Bewegung *Starostové a nezávislí* (STAN - Bürgermeister und Unabhängige), die ebenso im Mitte-rechts-Spektrum angesiedelt ist. Die KDU-ČSL und *TOP 09* sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei und ihrer Fraktion im Europaparlament, STAN hingegen ist nur Teil der EVP-Fraktion. Andererseits ist die führende Koalitionspartei ODS in der Fraktion der EKR. Bis 2024 war in der Regierungskoalition auch die *Česká pirátská strana* (ČPS - Tschechische Piratenpartei) vertreten, doch wegen Streits in der Regierung wechselte sie in die Opposition.

Die Strategie im Umgang mit den rechtspopulistischen Parteien ist bis heute nicht konsolidiert, unter anderem wegen des schon erwähnten instabilen Charakters des rechtspopulistischen Spektrums. In den 1990er Jahren war die damalige rechtsextremistische Partei *Versammlung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei* (SPR-RSČ), im Parteispektrum weitgehend isoliert. Zwischen 1998 und 2013 war im Abgeordnetenhaus keine der rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Parteien vertreten, bis sich die schrittweise Radikalisierung der Bewegung namens *Morgendämmerung* von Tomio Okamura (Úsvit Tomia Okamury) vollzog. Nach inneren Streitigkeiten verließ Okamura die Partei und gründete die SPD, die seit ihrer Entstehung rechtsradikale Ideen propagierte und mit manchen Skandalen verbunden ist (antisemitische und Anti-Roma-Äußerungen von Parteimitgliedern, kontroverse Plakate gegen Immigrantinnen und Immigranten usw.). Diese werden von den Spitzenpolitikerinnen und -politikern der tschechischen EVP-Parteien streng abgelehnt. Dagegen kann man auf kommunaler Ebene auch bei der KDU-ČSL einzelne Politikerinnen und Politiker finden, die sich durch harte Maßnahmen gegen die sogenannten „unangepassten Bürger“ (womit in vielen Fällen Roma gemeint sind) profilieren. Bekannt ist deswegen Jiří Čunek, Senator und gegenwärtig auch Bürgermeister der Stadt Vsetín. Er hat nur einen begrenzten Einfluss in der Partei, doch wird er von einem Teil des rechtspopulistischen Spektrums akzeptiert.

Die Bewegung ANO profilierte sich zuerst als eine liberale Anti-Korruptionspartei. Nach den Wahlen im Jahr 2013 trat ANO in die Regierungskoalition mit der damals stärksten *Tschechischen Sozialdemokratischen Partei* (ČSSD) und mit der KDU-ČSL, die auch mit Andrej Babiš (zu der Zeit Finanzminister) mitregierte. In der Wahlperiode 2017 regierte eine Minderheitsregierung der ANO und der ČSSD und alle EVP-Parteien waren in Opposition.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Nach den Wahlen 2021 wurde eine Fünfer-Koalition gebildet und auf der nationalen parlamentarischen Ebene wurde gegen die SPD de facto ein „Cordon Sanitaire“ gebildet (Okamura wurde nicht mehr zum Stellvorsitzenden des Abgeordnetenhauses wie in der vorherigen Wahlperiode gewählt). Zu ANO sind die Beziehungen der EVP-Parteien im tschechischen Parlament nicht besonders gut, doch die Partei verfügt in beiden Parlamentskammern über wichtige Präsidialfunktionen.

Auf der Regionalebene arbeiten die EVP-Parteien nach den Regionalwahlen 2024 mit ANO zusammen (STAN und KDU-ČSL in der Pilsener Region, KDU-ČSL und TOP 09 in der Pardubitzer Region und STAN in der Zlín Region). Mit der SPD koaliert ANO in anderen Regionen. Auch auf der kommunalen Ebene ist die Zusammenarbeit zwischen ANO und den EVP-Parteien üblich.

Was die gesellschaftliche Diskussion betrifft, werden die rechtspopulistischen Parteien vorwiegend in den öffentlich-rechtlichen Medien als nicht „ganz salonfähig“ betrachtet, was primär die SPD und die Kleinparteien betrifft. Doch wegen des langjährigen medialen Einflusses von Andrej Babiš auf die private Medienlandschaft ist deren Akzeptanz gegenüber diesen Parteien inzwischen recht hoch. Klassische und neue Medien sind in Tschechien ideologisch zersplittet. Die prowestlichen Mediennetzwerke lehnen die rechtspopulistischen Parteien ab, doch eine starke Szene alternativer (offen prorussischer) Medien unterstützt diese Parteien.

3. Schlussfolgerungen

Es ist wichtig zu betonen, dass die EVP-Parteien in der tschechischen Politik zwar eine relevante, doch nicht die entscheidende Rolle spielen. Deshalb hat ihre Ausgrenzung gegen die rechtspopulistischen Parteien nur eine begrenzte Auswirkung. Es ist außerdem fraglich, ob man die Bewegung ANO als eine rechtspopulistische Partei bezeichnen kann. Obwohl sie Teil der rechtspopulistischen Europafraktion ist und eine harte Anti-Immigrationspolitik propagiert, ist sie doch für die bisherige und mögliche neue Akzeptanz der klar rechtsradikalen SPD als „normale“ Partei verantwortlich. Die Regierungskoalition aus der ČSSD, KDU-ČSL und ANO half zum ANO-Aufstieg im Jahr 2017 und darüber hinaus. Gegenwärtig entscheidet ANO als Siegerpartei der Regionalwahlen in manchen Regionen, welche Rechtsaußenparteien als Koalitionsparteien akzeptiert werden, was sich in der Zusammenarbeit mit SPD, PRO und *Trikolore* niederschlägt.

Im gegenwärtigen tschechischen Parteiensystem sind die linken Parteien weitestgehend irrelevant, doch die ANO absorbiert einen Teil der früheren linken Wählerschaft. Die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* arbeitet im Projekt *Stačilo* (Genug) mit manchen kleinen nationalistischen Parteien und mit Personen aus der Desinformationsszene zusammen. Außerdem müssen sich die EVP-Parteien auch gegen die prorussische Linke (teils ähnlich zum Bündnis Sahra Wagenknecht) abgrenzen. Trotz des gegenwärtigen

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Aufstieges der rechts- und linkspopulistischen Parteien bildet ein prowestlicher Teil des politischen Spektrums eine klare Ausgrenzung gegen diese Parteien, wobei auch die Rolle des Präsidenten Petr Pavel essenziell ist. Deshalb stellt die Bildung des „Cordon Sanitaire“ der EVP-Parteien eine effizientere Strategie dar als die Legitimierung der rechtspopulistischen Parteien. Zum Spannungsfeld der Arbeit der KDU-ČSL auf der lokalen Ebene gehört auch, dass die restriktive Positionierung gegenüber Kriminalität von ethnischen Minderheiten und anderen Problemen zum Erfolg führen kann, aber gleichzeitig auch zu Spannungen innerhalb der Partei und gegenüber anderen EVP-Parteien sowie mit prowestlichen Medien führt.

In der bisherigen Entwicklung der populistischen Szene kann man die Parlamentswahlen von 2021 als positiven Meilenstein für die EVP-Parteien bezeichnen. Diese nutzten damals die Situation und bildeten gemeinsam mit der ODS und der *Piratenpartei* eine Mitte-rechts-Koalition. Die Unzufriedenheit vieler Protestwählerinnen und -wähler mit den harten Maßnahmen der bisherigen Babiš-Regierung gegen die COVID-19-Pandemie waren ebenfalls verantwortlich für den Misserfolg der ANO. Ein weiterer Faktor war die Zersplitterung der populistischen Szene, die bis heute ihr Streben um die politische Macht schwächt. Auch die Einbindung in Regierungsverantwortung kann Positionen populistischer Parteien schwächen, birgt aber ebenso erhebliche Risiken für den politischen Kurs eines Landes und dessen demokratische Strukturen.

Erfolgreiche Politik in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Sicherheit, verbunden mit der Fähigkeit, diese Erfolge effektiv zu kommunizieren, ist das wirksamste Mittel gegen Populisten von Links und Rechts. Die Kooperation mit Populisten ist dagegen kaum effizient in deren Bekämpfung und kann lediglich in bestimmten Situationen und nur zeitweise eine bremsende Wirkung entfalten. Politikverdrossenheit, Angst und subjektiv wahrgenommener ökonomischer Niedergang tragen demgegenüber maßgeblich zum Erfolg der Rechtspopulisten bei. Zunehmende Radikalisierung entsteht durch Herausforderungen in der Migrationspolitik, prorussische Einflussnahme und das Führen von „Kulturkämpfen“.

Fazit

Rechtspopulistisch ist nicht gleich rechtspopulistisch. Diese für politisch Interessierte wenig bahnbrechende Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch die vorangegangenen Analysen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa. So unterschiedlich wie der Umgang mit Parteien vom rechten Rand in den einzelnen Ländern ist, so unterschiedlich sind auch die Parteien selbst. Trotz vieler Gemeinsamkeiten verfolgen Rechtspopulisten und Rechtsextreme nicht in allen Ländern dieselben Ziele. Sie unterscheiden sich teils erheblich in ideologischen Grundsatzfragen, im Grad ihrer Radikalität und in ihrer Kooperationsbereitschaft gegenüber der politischen Mitte.

Zur Unterscheidung rechtspopulistischer Parteien

Auf europäischer Ebene sind die Unterschiede zwischen den Parteien, die in der Regel verallgemeinernd als rechtspopulistisch oder rechtsextrem bezeichnet werden, schon allein dadurch zu erkennen, dass diese in ideologisch zum Teil sehr unterschiedlichen Parteienfamilien und Fraktionen ihre Heimat gefunden haben. So sind Parteien wie *Die Finnen*, die *Hellenische Lösung*, die *Fratelli d'Italia*, die polnische PiS, die *Schwedendemokraten*, die spanischen SALF und die tschechische ODS der im Vergleich eher gemäßigten Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ (EKR) im Europäischen Parlament zuzuordnen, die aktuell 79 der 720 Abgeordneten stellt. Ideologisch weiter am rechten Rand des europäischen Parteienspektrums zu verorten sind die 2024 gegründeten *Patrioten für Europa* (PfE), denen der *Rassemblement National*, die österreichische FPÖ, die italienische Lega, die niederländische PVV, die spanische VOX, die tschechische ANO und die ungarische *Fidesz* angehören. Diese Fraktion stellt 85 Abgeordnete. Ebenfalls seit 2024 existiert die kleine Fraktion „Europa Souveräner Nationen“ (ESN) mit 27 Abgeordneten, zu deren Mitgliedsparteien die tschechische SPD, die *Reconquête* sowie die deutsche AfD gehören.

Um die Sache weiter auszudifferenzieren, muss man darüber hinaus beachten, dass sich die genannten Fraktionen nicht nur voneinander unterscheiden, sondern es auch innerhalb der jeweiligen Fraktionen mitunter erhebliche ideologische Differenzen gibt. Dabei spielen vor allem drei Grundsatzfragen eine zentrale Rolle:

- 1) Die Haltung zur Europäischen Union: Dies betrifft die Loyalität gegenüber EU-Institutionen sowie die Positionierungen zur Aushöhlung oder Abschaffung von EU-Institutionen, Austrittsforderungen des eigenen Landes und den generellen kommunikativen Umgang mit der EU.
- 2) Die Haltung zu Russland: Dies betrifft vor allem die Unterstützung der Ukraine inklusive Waffenlieferungen, aber auch das Mittragen entsprechender Sanktionen gegen Russland als Aggressor des Krieges sowie ein klares Bekenntnis zur Verteidigung Europas gegen die hybride Kriegsführung Russlands.
- 3) Die Haltung zum Rechtsstaat: Dies betrifft ein mögliches Vorgehen gegen die Justiz- und das Mediensystem im eigenen Land im Falle einer Regierungsbeteiligung sowie

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

die ernsthafte Implementierung von Rechtsstaatlichkeitsmechanismen und die Einhaltung von Rechtsnormen auf EU-Ebene.

Blickt man unter Berücksichtigung dieser drei Grundsatzfragen auf die EKR, wird schnell deutlich, dass von einer homogenen Gruppe keine Rede sein kann: So treten die *Fratelli d'Italia* und die *Schwedendemokraten* inzwischen deutlich weniger europakritisch und tendenziell prorechtsstaatlich auf. Die PiS wiederum verfolgt einen starken Pro-Ukraine-Kurs, betrieb allerdings in ihrer Regierungszeit eine systematische Aushöhlung des Rechtstaates. Die ODS hingegen tritt zwar mitunter euroskeptisch, aber klar proukrainisch auf. Aufregungen um potenzielle Rechtsstaatsbeschneidungen werden aus Tschechien ebenso wenig berichtet, wie aus dem *Fratelli*-geführten Italien oder aus Schweden, wo die Regierung von den *Schwedendemokraten* unterstützt wird.

Von klarer Abgrenzung nach außen und innerer Homogenität kann auch bei den noch weiter rechts stehenden Patrioten für Europa (PfE) keine Rede sein: Die AfD, ursprünglich Teil der PfE, war vor allem für Marine Le Pen und ihren *Rassemblement National* zu radikal und musste die Fraktion deshalb verlassen. Als Teil der neu gegründeten Fraktion Europa Souveräner Nationen (ESN) positioniert sie sich jedoch bei den allermeisten Themen sehr ähnlich wie FPÖ und *Fidesz*, die beide weiterhin Teil der PfE sind. VOX betont trotz EU-Skepsis und Migrationskritik die allgemeine Nützlichkeit der EU, unterstützt die Russland-Sanktionen und hat zumindest eine ambivalente Position zum Thema Rechtsstaatlichkeit.

Erste Untersuchungen über das Abstimmungsverhalten in den ersten sechs Monaten des 10. Europäischen Parlaments bestätigen dementsprechend auch die These, dass die Kohärenz innerhalb der PfE, der EKR und der ESN deutlich geringer ausfällt als innerhalb der EVP. Von einer einheitlichen ideologischen Ausrichtung des rechtspopulistischen und mitunter rechtsextremen Flügels innerhalb des Europäischen Parlaments kann deshalb keine Rede sein.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal innerhalb dieses Lagers stellt der Grad an Radikalisierung dar. Während sich einige rechtspopulistische Parteien als Teil des demokratischen Systems begreifen, positionieren sich andere bewusst als Anti-System-Parteien und propagieren ein alternatives, autoritäreres Staatsmodell. Die Bandbreite reicht hier von einer sehr moderaten ODS bis hin zu diversen extremistischen griechischen Kleinstparteien oder der polnischen *Konfederacja*, die sich als Alternative zur PiS außerhalb des politischen Systems verortet. Im deutschsprachigen Raum hat die Radikalisierung auch bei AfD und FPÖ („Mit uns gegen das System“) in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Parteien auch im Hinblick auf ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der politischen Mitte, die sich allerdings zumeist aus dem Radikalisierungsgrad ableitet. Die Beispiele reichen hier von den nordischen Rechtspopulisten, die von EVP-Mitgliedsparteien geführte Regierungen unterstützen oder zumindest tolerieren, bis zu Frankreich und Polen, wo eine formale Kooperation zwischen *Républicains* und *Rassemblement National* ebenso undenkbar ist, wie zwischen PO und PiS. In Polen ist eine Kooperation nicht nur ausgeschlossen, sondern es ist von einem „Entweder-Oder“ und einer Systemgegnerschaft, repräsentiert durch die beiden Großparteien, zu sprechen. Da in Italien und teilweise Spanien Mitte-links- und Mitte-rechts-Bündnisse traditionell etabliert sind, verlagert sich die zentrale Frage auf die bündnisinternen

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Machtverhältnisse statt auf die Kooperationsbereitschaft untereinander. Insgesamt zeigt sich eine große Varianz an Kooperationsbereitschaft, wobei manche Parteien bloß politische Konkurrenten, andere erbitterte Systemgegner sind.

Kategorien rechtspopulistischer Parteien

Aus den bis hierhin erläuterten Unterschieden bei Grundsatzfragen, dem Grad der Radikalisierung und der Kooperationsbereitschaft mit der politischen Mitte lassen sich drei Kategorien rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien skizzieren, die nachfolgend erläutert werden und die Grundlage für die abschließenden Schlussfolgerungen zum erfolgreichen Umgang mit diesen Parteien bilden:

1. **Autoritär-rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien** zeichnen sich durch eine systemoppositionelle Grundhaltung aus, lehnen zentrale Prinzipien liberaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ab und vertreten häufig antiwestliche, prorussische außenpolitische Positionen. Sie stehen der EU ablehnend gegenüber und fallen häufiger mit Austrittsforderungen auf. Diese Parteien, die häufig in der ESN-Fraktion zu finden sind, zum Teil aber auch bei den Patrioten, bedienen sich einer besonders radikalen Rhetorik. Kooperationen der EVP sind mit diesem Parteientypus weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene denkbar, da sie dem Selbstverständnis aller Mitte-rechts-Parteien diametral entgegenstehen. Vertreter dieses Typs sind die deutsche AfD, die polnische *Konfederacja*, die französische *Reconquête*, die tschechische SPD und einige griechischen Parteien rechts der ND.
2. **Nationalistisch-rechtspopulistische Parteien** hingegen betonen nationale Souveränität und kulturelle Homogenität, ohne jedoch gewisse Grundprinzipien liberaler Demokratie systematisch infrage zu stellen. Ihre Haltung innerhalb der EU ist häufig kritisch, skeptisch oder reformorientiert, sie vertreten teils ambivalente Positionen zur Rechtsstaatlichkeit. Sie zeigen sich jedoch pragmatischer als autoritär-populistische Kräfte. Die außenpolitische Orientierung ist ambivalent, mitunter prowestlich und in vielen Fällen zumindest weniger eindeutig prorussisch als bei autoritär-populistischen Parteien. Oft ist die Orientierung pragmatisch und von innenpolitischen Motiven bestimmt. Als Vertreter dieser Kategorie zählen allen voran der französische *Rassemblement National*, die spanische VOX, die polnische PiS, die italienische *Lega*, die niederländische PVV, die tschechische ANO und tendenziell *Die Finnen*, die insgesamt konfrontativer, rhetorisch radikaler, als etwa *Die Schwedendemokraten* sind. Die Kooperationsbereitschaft mit EVP-Parteien hängt stark vom nationalen Kontext ab und hat in Italien und Finnland Tradition. Polen ist hier ein Sonderfall, indem die PiS in einem ausgeprägten Systemantagonismus zur im EVP-Kontext liberaleren PO steht. Im Europäischen Parlament gibt es gelegentlich Kooperationspotenzial, das aber vor dem Hintergrund der hier erläuterten Merkmale außerordentlich begrenzt ist.

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

3. **Gemäßigt-rechtspopulistische und konservative Parteien** bewegen sich innerhalb des institutionellen Rahmens der liberalen Demokratie und weisen ein grundsätzlich verfassungstreues Profil auf. Sie verfolgen eine zumindest vorsichtig prowestliche, EU-kompatible und proukrainische Außenpolitik und zielen nicht auf Angriffe auf den Rechtsstaat ab, sondern verteidigen ihn. Ihr populistischer Stil richtet sich primär gegen politische Eliten und die Folgen einer fehlgeleiteten Migrationspolitik, jedoch nicht gegen die demokratische und pluralistische Grundordnung selbst. Eine Zusammenarbeit mit EVP-Parteien ist zumindest themenspezifisch oder in spezifisch nationalen Kontexten möglich. Im Zuge einer Regierungsbeteiligung oder -mitverantwortung findet meist keine Radikalisierung, sondern ein Prozess der rhetorischen Mäßigung statt. Eine solche Entwicklung haben unter anderem die *Fratelli d'Italia*, die *Schwedendemokraten* und die tschechischen ODS durchlaufen. In dieser Kategorie kann man nach diesen Kriterien auch die *Nieuw-Vlaamse Alliantie*, die Partei des belgischen Premierminister Bart De Wever, verorten. Folglich unterscheiden sich demokratisch-populistische Parteien zu den anderen beiden Kategorien darin, dass sie deutlich stärker in der politischen Mitte anschluss- und kooperationsfähig und institutionell integrierbar sind.

Auch wenn die hier vorgenommene Einordnung rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in drei Kategorien die Komplexität der politischen Wirklichkeit nur annäherungsweise abbildet, ist sie dennoch ein wichtiger erster Schritt zur Erklärung des mitunter sehr unterschiedlichen Umgangs mit solchen Parteien in Europa. Strategien der Abgrenzung, Einbindung oder Tolerierung hängen demnach in hohem Maße davon ab, ob es sich bei den fraglichen Parteien um radikale, autoritär-populistische Anti-System-Parteien am äußersten Ende des Rechtsaußen-Spektrums oder zwar in Teilen populistische, aber ansonsten eher gemäßigte Parteien am anderen Ende dieses Spektrums handelt. Wer alle Parteien rechts der politischen Mitte über einen Kamm schert, verkennt die politischen Realitäten und verschenkt Handlungsspielräume. Unterschiedliche ideologische Grundsatzhaltungen, Radikalisierungsgrade und eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Kooperationsbereitschaft gegenüber der politischen Mitte erfordern unterschiedliche Strategien.

Zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien

Auch Lehren für den strategischen Umgang mit rechtspopulistischen Parteien müssen bei den zuvor erläuterten Unterscheidungen innerhalb dieser sehr heterogenen Gruppe ansetzen und zuallererst die Frage beantworten, ob es sich im konkreten Fall um einen systemischen Gegner, politischen Konkurrenten oder gar möglichen Kooperationspartner handelt. Die vorgestellte Typologie (autoritär – nationalistisch – demokratisch) bietet hierfür eine analytische Grundlage, die sich wohl nicht ganz zufällig auch mit jenen Kriterien deckt, die der EVP-Parteichef und -Fraktionsvorsitzende Manfred Weber als Grundvoraussetzung für jede Art der Zusammenarbeit formuliert hat. Parteien müssten demnach „proeuropäisch, proukrainisch und prorechtsstaatlich“ sein, damit die

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

Mindestanforderungen zur partiellen, themenspezifischen Zusammenarbeit im Europäischen Parlament gegeben sind. Parteien, die diese Kriterien nicht erfüllen, können für die Parteien der EVP auch kein Partner sein.

Jenseits des Festhaltens an klar formulierten Prinzipien sind es vor allem konkrete Best-Practice-Beispiele, die erste Anhaltspunkte für erfolgreiche Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Europa bieten. Drei solcher Beispiele sollen deshalb zum Abschluss noch einmal besonders hervorgehoben werden:

1. Partei bekämpfen, Wählerinnen und Wähler umarmen: Spaniens PP als Vorbild

Der *Partido Popular* zeigt, wie man einen starken rechtspopulistischen Konkurrenten wie VOX erfolgreich Paroli bietet. Die PP spricht migrations- und souveränitätsbezogene Themen glaubwürdig an, nimmt Sorgen und Wünsche von VOX-Sympathisantinnen und -Sympathisanten ernst, ohne sich dabei aber mit der Partei selbst gemein zu machen oder Unterschiede zu verwässern. Die Botschaft der PP lautet: Wir verstehen eure Sorgen, wir verstehen, was ihr wollt – aber wir überlassen euch nicht den polternden und radikalen Anführern der VOX. Mit dieser Strategie gelang es der PP, VOX an den Wahlurnen wieder kleinzumachen. Auch wenn in manchen Regionen eine Kooperation mit VOX eingegangen wurde, geschah dies stets unter PP-Führung. VOX bekam sekundäre Ressorts, verlor an Profil – und damit weiter an Zustimmung.

2. Programmatische Lethargie überwinden: Griechenlands *Nea Dimokratia* als Vorbild

In Griechenland gelingt es der *Nea Dimokratia*, Themen wie Migration, Sicherheit und Souveränität selbstbewusst zu besetzen – ohne in populistische Vereinfachungen oder rechtsextreme Fahrwasser zu geraten. Strategisch geschickt wird eine klare Grenze zu Parteien wie *Helleniki Lisi*, NIKI oder den *Spartans* gezogen, die dadurch weiter verhältnismäßig klein gehalten werden. Das gelingt, indem die ND trotz Regierungsführung und tagespolitischer Arbeit regelmäßig und mit programmatischem Anspruch aktuelle Themen parteiintern diskutiert, sich mit schwierigen Fragen intensiv auseinandersetzt und tragfähige Positionen ausarbeitet. Das ermöglicht Themenführerschaft und politische Abgrenzung, zwei strategische Vorteile, die sich gegenseitig verstärken.

3. Verlässlichkeit belohnen, Radikalisierung sanktionieren: Finlands *Kokoomus* als Vorbild

Die finnische *Kokoomus* regiert mit den rechtspopulistischen *Finnen*, aber unter klaren Bedingungen: Nulltoleranz bei rassistischen oder demokratifeindlichen Entgleisungen, klare Verantwortung für Regierungsarbeit, rote Linien bei Verfassungsfragen. Die EVP-Partei nutzt die Regierungsbeteiligung als Test – nicht als Blankoscheck. Das Ergebnis: Die eigene Integrität wird bewahrt, demokratische Mindeststandards bleiben gesichert.

Inwiefern sich solche Best-Practice-Beispiele auch auf andere nationale Kontexte übertragen lassen, wird sich in Zukunft erst zeigen müssen. Schließlich haben die in dieser Studie

Zwischen Abgrenzung, Einbindung und Tolerierung

untersuchten Fallbeispiele deutlich gemacht, wie komplex der untersuchte Gegenstand in Wirklichkeit ist. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Parteien, die üblicherweise unter dem analytisch wenig aussagekräftigen Begriff „rechtspopulistisch“ zusammengefasst werden, viel unterschiedlicher sind, als in der Diskussion zum Umgang mit diesen Parteien häufig getan wird. Erschwerend kommt außerdem hinzu, dass Parteien einem ständigen Wandel unterliegen. So sind die italienischen *Fratelli* unter Meloni heute eine in vielerlei Hinsicht andere Partei, als sie das noch vor zehn Jahren waren, um hier nur ein besonders eindrückliches Beispiel anzuführen. Nimmt man weitere Dimensionen wie unterschiedliche Parteiensysteme, unterschiedliche historische Gegebenheiten und unterschiedliche politische Kulturen hinzu, ist zumindest Skepsis angebracht, wenn es um die Suche nach einer Strategie geht, die losgelöst vom spezifischen Kontext immer und überall funktionieren soll. Demgegenüber leistet die vorliegende Studie vor allem einen Beitrag zu mehr Differenzierung und bietet im besten Fall einige Anhaltspunkte für den erfolgreichen Umgang mit jenen in Wirklichkeit sehr unterschiedlichen Parteien, die häufig mit dem Label „rechtspopulistisch“ versehen werden.

Quellen und weiterführende Literatur

Elmgren, A. (2014): The Nordic ideal. openness and populism according to the Finns Party. In BRILL eBooks (S. 91–119). https://doi.org/10.1163/9789004281196_007.

Mareš, M. (2022): Rechtspopulismus in Tschechien und in der Slowakei. In Frank Decker; Bernd Henningsen; Marcel Lewandowsky; Philipp Adorf. Aufstand der Außenseiter: Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2022, S. 415–427.

Mlejnková, P. (2024): Far-Right Politics in the Czech Republic. In A. James McAdams, Samuel Piccolo. Far-Right Newspeak and the Future of Liberal Democracy. London: Routledge, S. 65–84.

Political Capital (2025): Cracks in the façade of the Europe's right wing unity. Voting patterns, tactics and divisions among non-mainstream parties in the 10th European Parliament. Februar 2025. Siehe: https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/Cracks_in_the_fa%C3%A7ade_of_Europe_s_right-wing Unity_2025.pdf.

Poyet, C., & Raunio, T. (2021): Confrontational but respecting the rules: the minor impact of the Finns Party on Legislative–Executive relations. Parliamentary Affairs, 74(4), S. 819–834. <https://doi.org/10.1093/pa/gsab010>.

Raunio, T. (2024): Finland. Testing times ahead for the opposition under new party leadership. In L. Andor, A. Skrzypek, & H. Giusto (Eds.), Progressive Yearbook 2024 (S. 103–109). FEPS - Foundation for European Progressive Studies. <https://feps-europe.eu/publication/progressive-yearbook-2024/>.

Söderlund, P. & Grönlund, K. (2024): Can a change in the leadership of a populist radical right party be traced among voters? The case of the Finns Party. Scandinavian Political Studies, 47(1), S. 23–46. Siehe: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1467-9477.12263>.

Wax, E. (2025): Interview: EPP chief Manfred Weber on defence, the Green Deal and his future ambitions. In: Euractiv. Siehe:
<https://www.euractiv.com/section/politics/news/interview-epp-chief-manfred-weber-on-defence-the-green-deal-and-his-future-ambitions/>
<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-parlament-rechtsruck-manfred-weber-kritik-1.5977071>.

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Kontakt in der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.:

Sebastian Enskat
Direktor Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien
sebastian.enskat@kas.de

Michael Stellwag
Referent Konrad-Adenauer-Stiftung in Wien
michael.stellwag@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)

ISBN: 978-3-98574-314-8